



Wortprotokoll der 38. Sitzung

Ausschuss Digitale Agenda

Berlin, den 25. September 2019, 16:00 Uhr
11011 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: PLH E.300

Vorsitz: Hansjörg Durz, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

**Öffentliche Anhörung zum Thema
"Digitale Währungen, insbesondere Libra"**

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Beermann, Maik Durz, Hansjörg Hauer, Matthias Heilmann, Thomas Kemmer, Ronja Sauer, Stefan Schipanski, Tankred	Biadaez, Mare Friedrich (Hof), Dr. Hans-Peter Kühne, Dr. Roy Nick, Dr. Andreas Schön, Nadine Steineke, Sebastian Whittaker, Kai
SPD	Esken, Saskia Herzog, Gustav Korkmaz, Elvan Mohrs, Falko Zimmermann, Dr. Jens	Bartel, Sören Gerster, Martin Klingbeil, Lars Schüle, Dr. Manja Stadler, Svenja
AfD	Getar, Joana Esendiller, Dr. Michael Schulz, Uwe	Bühl, Marcus König, Jörn Wichle, Wolfgang
FDP	Höferlin, Manuel Schulz, Jimmy	Brandenburg (Südpfalz), Mario Sitta, Frank
DIE LINKE.	Domscheit-Berg, Anke Sitte, Dr. Petra	Movassat, Niema Pau, Petra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Janecek, Dieter	Bayaz, Dr. Danyal Rößner, Tabea
fraktionslos	Kamann, Uwe	

Aus anderen Ausschüssen

CDU/CSU	Tebroke, Hermann-Josef Willsch, Klaus-Peter	
SPD	Hakverdi, Metin	
FDP	Schäffler, Frank Stark-Watzinger, Bettina	
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	



Liste der Sachverständigen
Öffentliche Anhörung
am Mittwoch, 25.09.2019, 16.00 Uhr im
Sitzungssaal E 300 Paul-Löbe-Haus

Thema:

**Digitale Währungen, insbesondere
Libra**

Benoît Coeuré
Europäische Zentralbank (EZB)

Markus Becker-Melching
Bundesverband deutscher Banken

Prof. Dr. Michaela Hönig
Frankfurt University of Applied Sciences

Klaus Himmer
CEO & CO-Founder 21 Consulting GmbH

Ralph Bärligea
Senior Business Consultant BearingPoint
GmbH

Dr. Oliver Leistert
Leuphana Universität Lüneburg

Katharina Gehra
Immutable Insight GmbH



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliche Anhörung zum Thema "Digitale Währungen, insbesondere Libra"

Der **Vorsitzende Hansjörg Durz**: Sehr verehrte Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich zur 38. Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda begrüßen, zur öffentlichen Anhörung zum Thema "Digitale Währungen, insbesondere Libra". Ich begrüße die Kolleginnen und die Kollegen aus dem Bundestag sowie unsere Gäste.

Ich darf den Hinweis geben, dass für die heutige Sitzung das stellvertretende Mitglied Niema Movassat ausgetreten und dafür Fabio De Masi eingetreten ist. Diese Formalie ist hiermit kundgetan. Es gibt auch Mitglieder anderer Ausschüsse, die hier heute an der öffentlichen Anhörung teilnehmen.

Ich begrüße die Sachverständigen

- Benoît Cœuré, Europäische Zentralbank (EZB),
- Markus Becker-Melching, Bundesverband deutscher Banken,
- Prof. Dr. Michaela Hönig, Frankfurt University of Applied Sciences,
- Klaus Himmer, CEO & CO-Founder 21 Consulting GmbH,
- Ralph Bärligea, Senior Business Consultant BearingPoint GmbH,
- Dr. Oliver Leistert, Leuphana Universität Lüneburg,
- Katharina Gehra, CEO & CO-Founder Immutable Insight GmbH.

Zum Ablauf haben die Obleute vereinbart, dass die Sachverständigen zunächst fünf Minuten Zeit für ihr Eingangsstatement haben. Im Anschluss daran erhält jede Fraktion ein Zeitfenster von fünf Minuten für die Frage und die Antwort. Also, wenn die Fragen kurz sind, haben die Sachverständigen mehr Zeit für die Antworten. Bei jeder weiteren Fragerunde wird dasselbe Verfahren angewandt.

Es wird ein Wortprotokoll angefertigt. Die Anhörung wird aufgezeichnet und am Freitag, dem 27. September 2019, um 12:00 Uhr im Parlamentsfernsehen auf Kanal 2 gesendet. Der Stream ist anschließend über die Mediathek des

Bundestages abrufbar.

Ich möchte noch darauf hinweisen, die Mikrofone jeweils für den Wortbeitrag einzuschalten und danach wieder auszuschalten. Ansonsten ist der nachfolgende Redner nicht zu hören.

Im Zusammenhang mit Bitcoin fanden Kryptowährungen in der Vergangenheit in einer breiteren Öffentlichkeit Beachtung. Am 19. Juni 2019 hat Facebook erstmals seine Pläne zu Libra vorgestellt und angekündigt, dass diese private Komplementärwährung bereits 2020 auf den Markt kommen könnte. Gesteuert werden soll die digitale Währung von der in Genf beheimateten *Libra Association*, zu deren 28 Gründungsmitgliedern nicht nur Facebook, Spotify und PayPal, sondern auch Unternehmen, wie Vodafone, Visa und Mastercard gehören. Seit Bekanntwerden sieht sich Libra zunehmender Kritik ausgesetzt. Politiker, Notenbanker, Aufseher, Datenschützer und Wettbewerbsbehörden sind alarmiert. Der Widerstand gegen Libra wächst. In mehreren Ländern wird ein Verbot der Kryptowährung diskutiert. Ist das notwendig oder überzogen oder welche Chancen könnte eine digitale Währung bieten?

In jedem Fall muss diese Entwicklung aus einer Vielzahl von Gründen und Perspektiven nicht nur beobachtet, sondern auch intensiv hinterfragt werden. Viele Fragen stellen sich und heute haben wir die Chance auf Antworten. Den Sachverständigen ist im Vorfeld bereits ein umfassender Fragenkatalog mit 25 Themenkomplexen zugeleitet worden. Die Fragen wurden schriftlich beantwortet und sind den Ausschussmitgliedern zugeleitet worden. Herzliches Dankeschön dafür. Nun haben wir die Möglichkeit in den Austausch einzutreten und Sie stehen uns Rede und Antwort.

Wir beginnen nun mit den fünfminütigen Eingangsstatements und ich darf als ersten den Sachverständigen Benoît Cœuré bitten.

SV Benoît Cœuré: (Übersetzung aus dem Englischen) Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Bundestages, es ist mir eine Freude mit Ihnen heute das Thema digitale Währungen, insbesondere Libra, zu erörtern. Bitte entschuldigen Sie, dass ich Englisch sprechen werde. Ich denke, es ist in Ihrem Interesse, wenn



ich um der Genauigkeit willen nicht Deutsch, sondern Englisch spreche.

Zahlungssysteme standen schon immer im Mittelpunkt der Finanzwelt, haben aber in letzter Zeit ein erhöhtes Interesse geweckt. Überall um uns herum findet Innovation statt, neue Lösungen zeugen von der rasanten Geschwindigkeit und dem Umfang der jüngsten technologischen Fortschritte und den Auswirkungen auf unseren Alltag. Das traditionelle bankbasierte Zahlungssystem wird von unten durch Startups und von oben durch etablierte große Technologiekonzerne herausgefordert. Dabei handelt es sich um einflussreiche Digitalunternehmen, deren Kerngeschäftsmodelle sich jedoch bisher auf den nichtfinanziellen Bereich beschränkt haben. Und trotz fortschreitender Veränderungen und Verbesserungen steht das globale Zahlungssystem noch immer vor zwei großen Herausforderungen.

Dies seien zum einen der Zugang, und zum anderen der grenzüberschreitender Retail-Zahlungsverkehr. Weltweit sind 1,7 Milliarden Erwachsene vom Zahlungssystem ausgeschlossen und haben keinen Zugang zu grundlegenden Diensten, obwohl 1,1 Milliarden von ihnen über ein Mobiltelefon und ein Viertel auch über einen Internetzugang verfügen. Zahlungskonten und *E-Wallets* sind der Einstieg zu weiterführenden Finanzdienstleistungen wie Krediten und Versicherungen. Der fehlende Zugang zu ihnen behindert also die finanzielle Teilhabe im Allgemeinen. Und grenzüberschreitende Retail-Zahlungen sind für den Welthandel und für Migranten, die Geld nach Hause überweisen, von entscheidender Bedeutung. Dennoch sind sie im Allgemeinen langsamer, teurer und weniger transparent als Inlandszahlungen. Und leider stellen die Kosten für grenzüberschreitende Überweisungen eine große Belastung dar, gerade für diejenigen, die sie am wenigsten zu tragen imstande sind, nämlich die Ärmsten in der Gesellschaft.

Daher gibt es eine Reihe von sogenannten Stablecoin-Initiativen, die von Technologie- oder Finanzunternehmen getragen werden und mit Blockchain-Technologie arbeiten. Sie sollen mindestens einen bzw. im Falle von Libra beide dieser Mängel beheben, also Teilhabe und grenzüberschreitende Zahlungen. Obwohl es seit

Jahrzehnten private digitale Geldformen gibt, haben diese neuen Initiativen Zugang zu vorhandenen Netzwerken mit großer Nutzer- und Kundenbasis, was bedeutet, dass sie als erste eine wirklich globale Präsenz haben könnten. Und diese Initiativen stellen die Politik in einem weiten Bereich vor gewaltige Herausforderungen.

Von besonderer Bedeutung für die Öffentlichkeit sind die Risiken im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie der Verbraucher- und Datenschutz, die Cyberresilienz, der faire Wettbewerb und die Einhaltung der Steuervorschriften. Als Reaktion auf diese Bedenken wurde eine Arbeitsgruppe von den Finanzministern und Gouverneuren der G7 damit beauftragt, globale *Stablecoins* eingehender zu prüfen, und es wird erwartet, dass die Gruppe auf den Jahrestagungen von IWF und Weltbank im Oktober dieses Jahres, also in zwei Wochen, politische Empfehlungen vorlegen wird. Und auch das *Financial Stability Board* hat damit begonnen, die regulatorischen Auswirkungen dieser Initiativen zu untersuchen, und wird den Ministern und Gouverneuren der G20 Bericht erstatten. Je nach Rechtsordnung könnten die bisher identifizierten Risiken durch bestehende Regulierungs- und Aufsichtssysteme abgedeckt sein. Dabei ist der grundlegende Ansatz, dass die regulatorischen Antworten international einheitlich sein sollten und der Grundsatz „gleiches Geschäft, gleiches Risiko, gleiche Regeln“ konsequent angewendet werden sollte.

Einige Aspekte könnten neue Ansätze erfordern. In der EU ist es die Aufgabe der Europäischen Kommission, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, der EZB und den zuständigen Behörden zu prüfen, ob der derzeitige Rahmen, d. h. die E-Money-Richtlinie, die Zahlungsdiensterichtlinie etc., zweckmäßig ist. Erhebliche Anstrengungen und ein fortgesetzter Dialog mit der Öffentlichkeit und den Behörden sind erforderlich, bevor erwartet werden kann, dass ein potenzieller globaler *Stablecoin* von den zuständigen Behörden genehmigt wird. Stablecoin-Initiativen müssen auch eine solide Rechtsgrundlage nachweisen. Der globale Charakter dieser Initiativen bedeutet, dass potenzielle Gesetzeskonflikte zwischen den Rechtsordnungen angegangen werden müssen. Mehrdeutigkeiten



könnten Stablecoin-Regelungen anfällig für Vertrauensverlust machen, was in einem globalen Zahlungssystem mit potenzieller systemischer Bedeutung ein nicht akzeptables Risiko darstellt. Und da viele dieser *Stablecoins* sich an Retail-Kunden wenden, ist es wichtig, dass die Rechte der Coin-Inhaber und die Pflichten der Emittenten klar kommuniziert und rechtlich präzise gefasst werden. Außerdem sind die Betreiber von *Stablecoins* häufig neu am Markt und setzen Technologien ein, die sich noch in der Entwicklung befinden; diese können potenziell neue Vorteile für die Verbraucher bringen, sind aber in einem realen Umfeld und in einem Maßstab, wie für den Betrieb eines globalen Zahlungssystems erforderlich, weitgehend ungetestet. Ihre Steuerung erfolgt unter Verwendung von verteilten Modellen, und ihre (Governance-)Strukturen müssen zunächst gut verstanden werden.

Wenn *Stablecoins* in breitem Umfang zum Einsatz kämen, könnten sie auch Probleme im Zusammenhang mit der geldpolitischen Transmission und der Finanzstabilität aufwerfen. Falls *Stablecoins* als Ersatz für Fiat-Währungen dienen, besteht die Gefahr, dass die Währungshoheit von Staaten verletzt wird. Nicht so sehr in den Industrieländern, aber es ist ein durchaus mögliches Risiko in kleineren, offeneren Volkswirtschaften. Und schließlich wäre die Finanzstabilität beeinträchtigt, wenn die den *Stablecoins* zugrunde liegenden Vermögenswerte nicht ausreichend sicher und umsichtig verwaltet würden, um das Vertrauen der Coin-Inhaber darin sicherzustellen, dass ihre *Coins* in guten wie in schlechten Zeiten zum Nennwert umgetauscht werden können.

Insgesamt möchte ich schlussfolgern: Libra war zweifellos ein Weckruf für Zentralbanken und politische Entscheidungsträger. Globale Stablecoin-Initiativen sind das natürliche Ergebnis des raschen technologischen Wandels, der Globalisierung und der sich verändernden Präferenzen der Verbraucher. Die Nachfrage nach schnellem, zuverlässigem und günstigem grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr wird in den kommenden Jahren weiter steigen und politische Entscheidungsträger und Zentralbanken sollten auf diese Herausforderungen reagieren. Ich beantworte nun gerne Ihre Fragen.

SV Markus Becker-Melching: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank! Ein programmatischer Satz vornweg: Aus unserer Sicht ist digital programmierbares Geld die erste monetäre Innovation seit der Erfindung des Papiergeldes. Konten gab es vorher. Ich glaube, wir machen hier einen ganz großen Schritt.

Für uns ist die spannende Frage, ob wir alles, was neu ist, tatsächlich brauchen. Die bestehenden Zahlungsverkehrssysteme, die wir gerade in Europa im Binnenzahlungsmarkt haben, können es mit Geschwindigkeit und Bequemlichkeit durchaus mit Entwicklungen, wie Libra, aufnehmen. Aber - und das ist unsere *Conclusio* - die konsequente Umsetzung des digitalen Strukturwandels setzt Geld in einer programmierbaren Form voraus. Libra ist in dem Sinne nur ein Exemplar eines programmierbaren Geldes. Programmierbares Geld ist in *Smart Contracts* umsetzbar und kann die Effizienz und Innovationspotenziale des *Internet of Things*, also der Industrie 4.0, heben.

Es kann dazu beitragen Geldwäscherisiken zu vermindern, es kann Steuereinnahmen sichern, es kann den Kundenbedürfnissen deutlich entgegenkommen. Unsere Auffassung ist ganz klar, wenn wir auf digital programmierbares Geld in Europa verzichten würden, gefährden wir damit unsere Wettbewerbsfähigkeit. Andere werden die damit verbundenen Effizienzvorteile definitiv nutzen.

Wenn Sie sich vorstellen, welches digitale Geld wir heute nutzen, haben wir auf der einen Seite nichtprogrammierbares Geld. Das ist das, was Sie auf Kontenbasis als Giralgeld täglich mit ihren Überweisungen und Zahlungskarten nutzen. Wir haben heute schon nichtprogrammierbares Geld auf Kryptobasis. Bitcoin ist hierfür ein Beispiel. Was aber letztlich im geschäftlichen Verkehr, im Großkundengeschäft und im Kapitalmarktgeschäft faktisch keine Rolle spielt. Programmierbares Geld wäre der nächste Schritt und ließe sich zweifelsohne relativ leicht auch auf Kontenbasis - also im bisherigen System, wie wir es kennen mit Zentralbanken und Geschäftsbanken als Produzenten von Giralgeld - herstellen. Hier lassen sich auch *Smart Contracts* nutzen. Es ließen sich auch weitere Erweiterungen einbauen. Dies würde alles im regulierten Rahmen von Banken und E-Geld-Providern unter



Beaufsichtigung der Schutzbestimmungen geschehen.

Die weitere Entwicklung, die Innovation, wäre letztlich Geld auf Kryptobasis aufzulegen, weil hier nochmal stärkere Effizienzvorteile genutzt werden könnten. Die Frage, die sich allen stellt, ist, zu welchen Bedingungen und mit welchen Risiken sich diese Effizienzvorteile anheben ließen. Um Risiken zu managen, sehen wir zwei wesentliche Aspekte. Zum Einen: Mit digital programmierbarem Geld könnten wir den Geldumlauf vom Bankensystem mit ganz erheblichen Folgen abkoppeln. Zum anderen: In einer Libra-spezifischen Ausprägung, also als *Stablecoin* skalierbar über die sozialen Netzwerke, bestünde das Potenzial, den Wirtschaftsraum, die Regulierung und die Währung zu entkoppeln.

Das heißt, aus unserer Sicht haben wir hier eine Diskussion über die Frage, welchen globalen Währungsraum, welches monetäre System in der Zukunft wir haben wollen. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken und das hat unsere Stellungnahme hoffentlich auch nicht getan, wir hätten die Lösung auf alle Fragen. Ich glaube, die hat heute noch niemand.

Ich möchte jedoch mit sieben Anmerkungen abschließen: Digital programmierbares Geld wird aus unserer Sicht kommen und einen wichtigen Anteil im Finanzsystem haben. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir die Einheit von Wirtschaftsraum, Regulierung und Währung erhalten und verteidigen müssen. Deswegen brauchen wir einen regulatorischen Rahmen für digital programmierbares Geld, und zwar möglichst schnell. Ein weltweiter privater Rahmen wäre aus unserer Sicht vorzuzugswürdig. Ich glaube aber nicht, dass das in absehbarer Zeit überhaupt realistisch erreichbar ist. Das heißt, in Europa müssen wir schnell handeln. Die Blockchain-Strategie der Bundesregierung ist aus unserer Sicht ein Anfang, aber eben auch nur ein Anfang. Wir glauben auch nicht, dass wir diese Standards ohne öffentliche Moderation, vielleicht sogar ohne öffentliche Regulierung schaffen werden. Jede Form der Regulierung sollte technologie- und anbieterneutral sein und prinzipienbasiert erfolgen. Mein Vorredner hatte den Grundsatz „*same business, same risk, same rule*“ schon angesprochen. Für die Fragen von Kundenidentifizierung und

Geldwäscheprävention in einem solchen System sind die Wallet-Anbieter existenziell. Von daher müssen diese den gleichen Regeln unterliegen, wie Banken und andere Anbieter. Letzte Bemerkung: Das Kartellrecht, das wir derzeit haben, darf das Handeln von europäischen Anbietern nicht unterbinden, denn der relevante Markt ist in diesem Fall die Welt.

SVe Prof. Dr. Michaela Hönig: Guten Tag meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Name ist Michaela Hönig. Ich beschäftige mich seit drei Jahren mit dem Thema Kryptowährungen und ICOs. Seit Juli diesen Jahres leite ich ein Forschungsprojekt an unserer Hochschule, an dem 15 Studierende mitwirken. Das Thema Libra ordne ich in zwei Aspekte ein: Der erste Aspekt ist die Betrachtung rein auf das Unternehmen, also die *Libra Association* und auf das Produkt, den *Stablecoin*. Hier sehe ich vier Risikoblöcke, wenn wir nur das Unternehmen und diesen *Coin* betrachten: Der erste Block betrifft Fragen zu Haftungsrisiken, zur Governance, zur Eigentümerstruktur und zu Rechtsrisiken. Der zweite Block beschäftigt sich mit der Gewährleistung von Daten- und Anlegerschutz. Der dritte Block sind Betriebsrisiken, hierzu zählen operationelle Risiken, IT-Sicherheitsrisiken und Cyber-Risiken. Der vierte Block ist die Regulierung von *Coins* und Unternehmen, die diese vertreiben.

Diese Aspekte müssten aus meiner Sicht reguliert werden. Hierzu gibt es bereits innerhalb der Europäischen Union einige Verordnungen und Richtlinien, die das abdecken, beispielsweise die Datenschutz-Grundverordnung oder auch die Eigenkapitalvorschriften von Basel IV, die CRD IV (*Capital Requirements Directive*), die CRR II (*Capital Requirements Regulation*), der Anlegerschutz nach MiFID (*Markets in Financial Instruments Directive*), europäische Kennziffern, wie die LCR (Liquiditätsdeckungsquote) zur Steuerung von Liquiditäts- und Marktpreisrisiken.

Aus meiner Sicht sollte die *Libra Association* den gleichen aufsichtsrechtlichen Normen unterliegen und diese erfüllen, wie ein vergleichbares Kreditinstitut oder ein Zahlungsverkehrsdienstleister dieser Größenordnung und aufsichtsrechtlich von der EZB oder einer vergleichbaren Aufsicht überwacht werden. Würde das nicht erfolgen,



sehe ich eine systemische Gefahr für den Finanzsektor aufgrund der hohen Adressen- und Nutzenkonzentration von Facebook und der daraus ableitbaren hohen Marktkapitalisierung, die die *Association* erreichen wird, gegeben. Diese systemische Gefahr für den Finanzsektor kann zu Veränderungen in den Wertpapier-, Devisen- und Kapitalmärkten führen. Facebook kann innerhalb kurzer Zeit zu einem großen Vermögensverwalter im Kapitalmarkt und somit zu einer systemrelevanten Institution werden.

Ein Stopp oder ein Verbot von Libra ist aus meiner Sicht kein Lösungsweg. Wir leben in einer digitalen Welt. Ich gehe davon aus, wenn wir Libra verbieten würden, würde in kurzer Zeit ein anderes Unternehmen kommen, vielleicht sogar aus China, mit einem ähnlichen Produkt.

Somit ist meine Position die Forderung nach einer Regulierung, um diese Risiken, die ich eben aufgeführt habe - die habe ich auch in meiner Stellungnahme in der Antwort Nummer 8 skizziert - zu minimieren und zu steuern. Erst, wenn die Regulierung geklärt ist, sollte Libra erlaubt werden.

SV Klaus Himmer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses, sehr geehrte Öffentlichkeit, vielen Dank für die Einladung. Mein Name ist Klaus Himmer und ich bin Gründer und Geschäftsführer von CryptoTax, einem *LegalTech* Startup aus München, das unter der 21 Consulting GmbH firmiert. Zudem bin ich als Steuerexperte beim Blockchain Center der Frankfurt School of Finance & Management, dem Bundesverband Blockchain sowie weiterer branchenspezifischer Organisationen, wie zum Beispiel der *International Token Standardization Association* (ITSA) e.V. tätig.

Wie Sie sehen, konnte ich mich schon in diversen Konstellationen mit der Blockchain beschäftigen. Bei CryptoTax beschäftigen wir uns inzwischen seit mehr als zwei Jahren mit den handels- und steuerrechtlichen Fragestellungen der neuen Technologie und versuchen hierfür Softwarelösungen zu entwickeln, die es unseren Kunden als Unternehmen und Privatpersonen ermöglichen sollen, diese vielversprechende Technologie einzusetzen ohne an den steuerlichen Dokumentationsanforderungen oder

an sonstigen Rechtsunsicherheiten zu scheitern. Bestenfalls schaffen wir es Lösungen so zu konzipieren und zu entwickeln, dass später kein manueller Eingriff mehr möglich ist und die rechtlichen Erfordernisse voll automatisiert erfüllt werden könnten.

So sind wir täglich mit den rechtlichen Herausforderungen und Stolpersteinen der technologischen Entwicklung konfrontiert, welche sich auch in Ihrem Fragenkatalog wiederfinden. Jedoch sehen wir auch die bedeutenden Potenziale, welche die Blockchain bietet. Neben den klar erkennbaren Vorteilen, wie der finanziellen Inklusion und der Vereinfachung des internationalen Zahlungsverkehrs, bietet die Blockchain das Potenzial nicht mehr einzelne Wirtschaftsvorgänge einer Prüfung hinsichtlich der Geldwäscheprävention, des Verbraucher- und Datenschutzes zuführen zu müssen, sondern dies in ein Gesamtsystem zu überführen, das hinsichtlich dieser Kriterien „*compliant by design*“ sein könnte.

Natürlich bedarf es bis dahin, wie bei jeder technischen Innovation, viel Iteration des Versuchs und Irrtums. Es ist wichtig in dieser Erprobungsphase entstehende Fehler beheben zu können. Genau in diese Kerbe schlagen nun Projekte, wie Libra, die auf einer dezentralen Infrastruktur aufsetzen, jedoch für einen gewissen Zeitraum eine Zentralisierung vorsehen.

Was für das einzelne Projekt gilt, gilt meines Erachtens auch aus makroökonomischer Sicht: Das Internet ist als Öffnung des Informationsmarktes zu verstehen. Hier konnten sich seitdem ernstzunehmende Marktmächte entwickeln. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Nachteile damit für den Markt und für die kleinste Einheit des Marktes, das Individuum, einhergehen.

Fakt ist jedoch, dass es zu keiner Zeit der Weltgeschichte vergleichbare Möglichkeiten für Individuen und Unternehmen gab, Informationen zu beschaffen und am gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess teilzunehmen. Eine ähnliche Öffnung bahnt sich nun mit kryptographischen Verschlüsselungstechnologien auch für die Welt der Werteübertragungen an. Diese umfasst sowohl technische als auch marktwirtschaftliche Potenziale. Letztere ergeben



sich aus dem Ansatz eines Währungswettbewerbes.

Aus politischer Sicht stellt sich nun die Frage, ob bisherige Hoheitsgebiete, wie das Währungsmonopol, gegenüber der Privatwirtschaft geöffnet werden sollen. Hierbei sollte berücksichtigt werden, dass technische Innovationen ortsungebunden stattfinden und deshalb nicht nur Implikationen erster Ordnung, sondern auch die zweiter und dritter Ordnung berücksichtigt werden sollten. Das heißt, wie wird das Wirtschaftsleben in 20 Jahren aussehen? Wir haben es auch schon von Herrn Becker-Melching gehört: Welche Länder sind dann die Technologieexporteure und damit die Gewinner dieser zweiten Digitalisierungswelle?

Letztlich liegt es nicht in meiner Kraft vorherzusehen, welche technologische Entwicklung geeignet ist, diese Zeitenwende einzuleiten. Da sollten wir uns meines Erachtens nach auf den marktwirtschaftlichen Sondierungsprozess verlassen, denn nur der unternehmerische Versuch und Irrtum kann nachhaltige Innovationen hervorbringen. Unter Berücksichtigung dieser Voraussetzung bin ich persönlich Anhänger des kritischen Rationalismus nach Karl Popper, welcher eine Politik der kleinen Schritte empfiehlt.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass die überschnellte Öffnung bewährter Strukturen wohl genauso wenig, wie eine allgemeine Ablehnungshaltung, zu begrüßen sind. Ein kleiner aber sinnvoller Schritt wäre wohl, sogenannte *Sandboxes* zu schaffen, welche es den Marktkräften vereinfachen könnten, Innovationsprozesse zu beschleunigen, ohne Nachteile in signifikanter Natur in Kauf nehmen zu müssen. Damit könnte ebenso ein besserer Markteintritt für kleinere *Player* geschaffen werden. Zu einem ausgewogenen Verbraucherschutz und Innovationsförderung gehört jedoch meines Erachtens auch, bestehende Rechtsrisiken aufzuklären. So sind derzeit zum Beispiel Hunderttausende, wenn nicht Millionen Privatpersonen dem Risiko ausgesetzt, durch den Einsatz virtueller Währungen potenziell eine Straftat zu begehen, nämlich die Steuerhinterziehung. Allein die rechtliche Situation sachgerecht zu erfassen, erfordert tiefes und spezialisiertes Steuerverständnis, über

welches selbst nicht alle Steuerberater aktuell verfügen. Ist das Problem erkannt, könnte nur eine umfassende buchhalterische Erfassung aller Zahlungsvorgänge Abhilfe schaffen, welche unter anderen Umständen höchstens gewerblichen Unternehmungen zuzumuten wäre. Eine praxistaugliche De-minimis-Regelung könnte auch hier einen kleinen aber wichtigen Schritt in die richtige Richtung bedeuten. In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Diskussion und natürlich Ihre Fragen.

SV Ralph Bärligea: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrtes Publikum und Vertreter der Medien. Ralph Bärligea ist mein Name. Ich bin Berater bei der Firma BearingPoint GmbH. Heute beschäftigen wir uns mit einem sehr komplexen Thema aus zweierlei Gründen: Wir beschäftigen uns mit der Blockchain-Technologie und mit dem Finanzsystem und dem Geldwesen. Für viele ist es schon schwer zu verstehen, wie überhaupt das Geldwesen funktioniert, auf der anderen Seite ist es auch schwer nachvollziehbar, wie die Blockchain-Technologie und IT-Systeme überhaupt funktionieren. Zwei sehr abstrakte Themen, die heute hier die beiden Seite derselben Medaille bilden, nämlich sogenannter Krypto-Währungen oder digitaler Währungen.

Ich persönlich habe angefangen mich 2007, 2008 während der Finanzkrise mit dem Finanzsystem auseinanderzusetzen und darüber nachzudenken, wie es eigentlich funktioniert, da es so viele Implikationen für unser tägliches Leben mitbringt. Wie unser Finanzsystem funktioniert, hat Implikationen für die ökologische Nachhaltigkeit, für die soziale Gerechtigkeit, für das Wirtschaftswachstum und unseren Wohlstand, für unsere nationale Souveränität sowie auch für die Freiheit des Einzelnen. Darum freue ich mich sehr, dass wir heute hier über dieses gemeinsame Thema sprechen, das ein einzelner Sachverständiger vermutlich gar nicht selbst durchdringen kann. Darum eignen sich unsere Demokratie und der öffentliche Diskurs hervorragend, um sich diesem Thema gemeinsam zu stellen als Parlament und als Bevölkerung.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen zum Einstieg, die Funktionsweise der Blockchain-Technologie kurz zu erläutern, damit wir später eine gemeinsame gute Diskussionsgrundlage



haben.

Ich denke, dass sich diese Technologie durch die drei Eigenschaften Verkettung, Verteilung und Verschlüsselung auszeichnet, die wir aber auch aus unserem Alltag kennen. So ist zum Beispiel ein notarieller Vertrag mit einer notariell versiegelten Bindung versehen und die Seiten sind nummeriert; er ist also verkettet. Wenn ich hier öffentlich spreche, hören es alle. Die Information ist also verteilt und kann im Nachhinein nicht so einfach zurückgenommen werden. Die Verschlüsselung kennen wir bereits seit der Antike, dass es Geheimschriften gibt und die Möglichkeit Texte zu verschlüsseln, so dass nur der Empfänger, der auch den Schlüssel hat, diese Nachricht wieder entschlüsseln kann. Durch die Kombination dieser drei Prinzipien in einer Technologie, nämlich der Blockchain-Technologie, wie ich sie hier als Überbegriff verwende, verbunden mit der Übertragung von Daten in Echtzeit, wird aus meiner Sicht ein Novum in der Informationsgeschichte und in der Geschichte der Informationstechnologie geschaffen, nämlich, dass wir sowohl Manipulationssicherheit als auch hohe Übertragbarkeit von Daten gleichzeitig herstellen können. Diese Eigenschaft, denke ich, ist insbesondere beim Geld gefragt. Denn beim Geld wollen wir eine Manipulationssicherheit haben. Wir wollen, dass die Geldmenge einer strikten Kontrolle unterliegt, so dass wir vor Inflation und vor Deflation geschützt sind. Wir wollen unser Geld aber auch sehr leicht von A nach B übertragen können, so dass sich Medien, wie beispielsweise Gold oder Papiergeld, heutzutage im Zeitalter des Internets, wo auch Serviceleistungen, Filme etc. in Echtzeit übertragen werden, nicht mehr eignen würden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den internationalen Handel und die mit ihm einhergehenden Wohlstandsgewinne.

Das besondere an der Blockchain-Technologie ist nun, dass sie durch ihre beiden Eigenschaften, der Manipulationssicherheit auf der einen Seite und der Übertragbarkeit von Daten auf der anderen Seite, nicht nur für das Geldwesen geeignet ist, sondern sie macht zudem einen zentralen Akteur überflüssig, da man der Technologie an sich vertrauen kann und nicht unbedingt eine dritte glaubwürdige Instanz benötigt. Das heißt nicht,

dass es in Zukunft keine Zentralbanken mehr geben wird oder keine Banken. Diese Institutionen werden sich diese Technologie in ihrer Glaubwürdigkeit zu Nutze machen können, um für uns Bürger mehr Transparenz, mehr Nachvollziehbarkeit und auch mehr Akzeptanz für Geldpolitik, für öffentliche Verwaltung und ähnliche Vorgänge zu schaffen; und dies auch im privaten Sektor. Deswegen freue ich mich heute ganz besonders darauf, mit Ihnen dieses Thema gemeinsam zu diskutieren und beantworte Ihre Fragen sehr gerne.

SV Dr. Oliver Leistert: Vielen Dank für die Einladung zu dieser Sitzung. Ich möchte diese fünf Minuten insbesondere dafür nutzen, jenseits von Libra zu digitaler Währung ein paar Statements abzugeben. Aber ich muss mich dennoch zu Beginn kurz zu Libra äußern. Ich bin sehr beruhigt, dass die deutsche Regierung und auch die französische Regierung sowie eine ganze Reihe weiterer Ausschüsse planen, Libra abzulehnen. Ich möchte aber eindringlich darauf hinweisen, dass Facebook Libra trotzdem starten könnte, da es sich in erster Linie nur um Software handelt, die lediglich aufgesetzt werden müsste.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Facebook sich über Regulierungsanforderungen schlicht mit der Kraft des Faktischen hinwegsetzt und zum Beispiel Datenschutzbestimmungen bis heute in Teilen ignoriert. Es wäre meines Erachtens deshalb gar nicht so überraschend, wenn Facebook trotz Gegenwind das Projekt startet, um es zum Beispiel zunächst nur für einige wenige Länder freizuschalten, die sich nicht explizit dagegen ausgesprochen haben. Es muss deshalb auch darum gehen andere und vor allem Regierungen ärmerer Länder darin zu unterstützen, dieses Kolonisierungsprojekt aus dem Silicon Valley abzuwehren.

Die Folgen gerade für ärmere Länder könnten sehr drastisch ausfallen, wenn die Landeswährung im Alltag direkte Konkurrenz durch dieses Privatgeld multinationaler Konzerne bekäme. Denn eines ist klar, läuft Libra einmal, wird es schwer möglich sein, es wieder zu stoppen. Im *Libra Whitepaper* (<https://libra.org/de-DE/white-paper/>) heißt es ausdrücklich, dass das Ziel sei „to shape a regulatory environment“. Es geht Facebook darum, das regulatorische Umfeld selbst zu gestalten. Das sollte uns eine Warnung sein und



überlegen lassen, welche Einschlagswinkel Libra haben könnte, durch die es dennoch Realität werden könnte. Einer davon ist recht simpel. Es könnte von seinen Technologen einfach gestartet werden in völliger Ignoranz des diesbezüglichen Diskurses und durch intensives Lobbying langsam normalisiert werden. Während also Facebook die Zentralbanken zu Hütern der Facebook-Währung machen will und eine private globale Währung installieren möchte, für die der Konzern jedoch im Krisenfall nicht garantieren würde, sind wir aufgefordert zu überlegen, was sozusagen nach Libra kommen soll. Was wäre denn eigentlich eine wünschenswerte Digitalwährung? Was müsste sie auszeichnen? Es lohnt sich durchaus darüber nachzudenken, denn Blockchain-Technologien eignen sich ganz hervorragend dazu, multifunktionale *Tokens* zu generieren und zu verwalten. Noch nie war es so einfach, eine digitale Währung zu erfinden. Das ist interessant, weil die allermeisten von uns noch vor zehn Jahren nicht im Traum daran gedacht hätten, dass es einmal private Kryptowährungen geben wird.

Welche Rolle kommt hier dem Staat zu? Die Entwicklung der Kryptowährung hat die meisten Staaten kalt erwischt, und zum Teil geradezu hektisch nachregulieren lassen bis hin zu vollen Verboten. Autoritäre Staaten sehen in einer staatlichen Kryptowährung eine gute Gelegenheit das gesamte Marktgeschehen unter Bewachung zu stellen und ihre Subjekte einfacher sanktionieren zu können - wie es in China bereits geprobt wird. Digitale Währungen dürfen deshalb, um solchen Szenarien hierzulande vorzubeugen, nicht an digitale Identitäten gebunden werden. Sonst ist es schnell vorbei mit den bürgerlichen Freiheiten. Es kann ein *Feature* sein, darf aber keine Pflicht sein. Es muss auch im Digitalen ein Recht auf anonymen Geldverkehr geben.

Der nächste Schritt wäre darüber nachzudenken, wie wir mit digitalen Währungen unseren Erfahrungshorizont dazu, was Geld eigentlich ist, öffnen könnten und die Gelegenheit ernst nehmen, über andere Wertkonzepte nachzudenken. Das ist das Gebot der Stunde. Wir schicken uns derzeit mit samt dem Planeten, auf dem wir leben, auf eine Kamikaze-Mission, wenn wir nicht sofort Treibhausemissionen radikal reduzieren. Eine digitale Währung könnte eine ganz Reihe von qualitativen *Features*

einprogrammiert haben, die sie zukunftsfähig macht. So wäre, um das abschließend nur kurz anzudeuten, das Bezahlen leicht mit der Frage zu verbinden, was bezahlt wird, um damit zum Beispiel lokale nachhaltige Ökonomien zu stärken. Oder es ließen sich Transaktionen, die besonders starke Emissionen zur Folge haben würden, automatisch mit einer Steuer belegen. Dies wäre alles technisch machbar. Wir sollten, wenn wir schon einmal über digitales Geld nachdenken, unser Vorstellungsvermögen für ganz neue Anwendungsszenarien öffnen. Digitale Währungen könnten meines Erachtens durchaus als Hilfsmittel zur Transition in eine nachhaltigere Postwachstumsgesellschaft fungieren. Wir müssen nur den Mut haben, uns dieser Herausforderung zu stellen.

Sve Katharina Gehra: Vielen Dank Herr Vorsitzender für die Einladung und Dank auch an alle Abgeordneten und alle Gäste. Mein Name ist Katharina Gehra, ich bin Gründerin und CEO von Immutable Insight GmbH. Da das noch ein kleines innovatives Startup ist, sage ich gerne zwei Sätze dazu, was wir tun und wie das mit dem Thema heute zu tun hat. Immutable Insight macht das, was auf der Blockchain passiert für alle in Echtzeit sichtbar. Damit können Sie gestalten, damit können Sie *Policies* machen und Sie können auch einem Wirtschaftsakteur oder Wirtschaftstransaktionen neue Möglichkeiten entziehen und auch neue Dinge tun, die Sie vorher nicht tun konnten.

Was bedeutet das für Libra? Libra benutzt eine neue eigene Blockchain, eine neue eigene Programmiersprache für sogenannte *Smart Contracts*. Man könnte auch sagen, es ist eine Art neues *Ethereum* und damit wird ein eigenes kleines Ökosystem gebaut. In der Summe ist zwar den meisten nur Bitcoin bekannt, aber es gibt weit über 800 Blockchains und Libra wäre dann sozusagen Blockchain Nummer 801. Grundsätzlich sind sie alle nach ähnlichen Prinzipien aufgebaut. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass dieses Wettrennen um die eigentliche Technologie ein andauernder Prozess und dieser noch nicht beendet ist. Das heißt, es gibt hier noch so viele Optionen zu gestalten und einzuwirken, dass man sich auch als Staat, als Einzelner, aber auch als Unternehmen durchaus noch an diesem Wettbewerb beteiligen kann und



überlegen kann, wo hier die Chancen liegen.

Libra und das Libra-Konsortium, angeführt von Facebook, hat sich jetzt für eine Variante entschieden. Die chinesische Regierung hat den Yuan *on Ledger* ins Leben gerufen. Heute gibt es damit schon über 50 verschiedene *Stablecoins*. Das ist auch kein ganz neues Konzept. Es gibt auch schon die unterschiedlichsten Unterformen von *Stablecoins*. Auch hier möchte ich wieder darauf hinweisen, dass es ein Produkt im Entstehen, ein Produkt im Werden ist, das alle Möglichkeiten bietet, jetzt noch aktiv zu werden. Wir sind, wie 1999 mit dem Internet, am Anfang. Wir können jetzt nochmal wahrscheinlich als das einzige Mal in unserer Generation tatsächlich gestalten und uns überlegen, wie man es angehen sollte, um nicht hinterher zu beklagen, dass man da nicht mehr heraus kommt.

Was sind die großen Vorteile aus meiner Sicht für eine Blockchain-Technologie, aber auch für eine Währung, die darauf basieren könnte? Zunächst hindern den Staat oder die Zentralbanken nichts daran, auch den Euro auf der Blockchain zu veröffentlichen und damit sozusagen, wenn man sagt, das Währungsprodukt -staatliche Währung in Form eines Euros - ist ein gutes, dieses einfach mit der Blockchain zu kombinieren. Man könnte alle Vorteile draus ziehen, die man heute auch Libra womöglich beimisst: Sicherheit, Unveränderbarkeit, alle Vorteile, die es hätte beim Thema Korruptionsbekämpfung und Steuerhinterziehung, sowie die Vorteile beim Thema Geldwäschebekämpfung. Ich glaube, es ist auch wichtig zu verstehen, dass es eine Basisfunktion für jeden einzelnen Industriezweig hat, den wir haben. Es gibt keine einzige Industrie heute in Deutschland, die in den nächsten 15 Jahren nicht unmittelbar von der Blockchain-Technologie verändert werden wird. Es ist keine Frage des Finanzsektors und auch keine Frage, ob wir uns heute nur über Libra oder anderes unterhalten, sondern es wird alle Bereiche unserer Wirtschaft betreffen.

Es ist auch eine Frage des Klimaschutzes. Ja, die Bitcoin-Blockchain als eine der 800 Blockchains ist eine sehr energieintensive Blockchain. Wir haben hier in diesem Beispiel von Libra schon eine deutlich energieärmere Blockchain. Ich möchte aber darauf hinweisen, und das ist ein zentraler Punkt meiner Aussage, dass Blockchain-

Systeme deutlich mehr für den Klimaschutz tun könnten als die einzelnen fragmentierten Insellösungen, die wir heute bei jedem Unternehmen, in jedem Verband und in jeder Institution haben. Geteilte Daten-Ledgers brauchen in der Summe einen Bruchteil der Energie, den wir heute in unseren Systemen brauchen. Wenn wir uns also überlegen wollen, wie wir die Gesellschaft von morgen gestalten, wie wir ein effektiveres Steuersystem, ein klimaneutraleres und energieärmeres System entwickeln wollen und welche Chancen wir dann noch für die Gestaltung der Gesellschaft von morgen haben, dann würde ich es begrüßen, wenn wir die Vorteile der Technologie annehmen würden und uns die Frage stellen, was man besser machen könnte und dann entsprechend gestalten.

Abschließend noch zwei kurze Bemerkungen: Libra könnte aus meiner Sicht bei der Re-Finanzierung und insbesondere bei der Regulierung für den Endkunden zwei zentrale Probleme nicht lösen. Die gilt es aus meiner Sicht auf europäischer Ebene zu beantworten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Ihnen allen für Ihr Eingangsstatement. Wir haben eine sehr spannende Runde von Sachverständigen hier, die uns aus verschiedenen Blickwinkeln ihre Sichtweise darstellen. Wir steigen jetzt ein in die erste Fragerunde. Ich weise nochmals darauf hin, dass fünf Minuten zur Verfügung stehen, in denen die Frage gestellt werden kann und auch die Antwort erfolgen sollte. Von der CDU/CSU-Fraktion beginnt der Kollege Hauer.

Abg. Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank für die Eingangsstatements. Meine ersten Fragen richten sich an Herrn Cœuré und Herrn Becker-Melching.

Das Stichwort ist gerade schon von Frau Gehra gefallen: Euro auf der Blockchain. Könnte Libra durch ein solches Modell die Grundlage entzogen werden? Wir haben als CDU/CSU vor der Sommerpause deutlich gemacht, dass wir einen digitalen Euro als Schnittstelle zwischen der Fiat-Währung und der Token-Ökonomie; einen digitalen Euro, mit dem kein neues Geld geschaffen wird, sondern ein kleiner Teil der Geldmenge digitalisiert wird, wollen. Wir wollen zudem, dass die Zentralbanken die Hoheit darüber behalten und die Herausgabe einer



Währung nicht privaten Akteuren überlassen wird.

Teilen Sie die Forderung nach einem digitalen Euro? Was unternehmen die EZB und die anderen Zentralbanken nun hinsichtlich digitalem Euro und Libra? Wie sollen wir aus Ihrer Sicht, als nationale Gesetzgeber, auf die Ankündigung der *Libra Association* reagieren, insbesondere hinsichtlich der Gefahren für den Bankensektor und die Finanzstabilität?

SV Benoît Cœuré: (Übersetzung aus dem Englischen) Vielen Dank für die Frage. An einer digitalen Zentralbankwährung arbeiten wir seit einigen Jahren. Dies hat nichts direkt mit Libra zu tun. Ich würde es in erster Linie im Zusammenhang mit Trends im Bargeldbereich sehen. Das heißt, wir möchten herausfinden, was die Bürger als Zahlungsmittel nutzen wollen. In einigen Ländern ist ein sehr schneller Einbruch der Nachfrage nach Bargeld festzustellen. Schweden ist so ein Beispiel, einige Schwellenländer auch, und wo die Zentralbank nicht eingreift, ist die Öffentlichkeit auf rein kommerzielle Zahlungsmittel angewiesen. Aber das ist in Europa mehrheitlich nicht der Fall. So sehen wir weltweit (und) in der Eurozone nach wie vor eine recht robuste Nachfrage nach Banknoten und Münzen. Wir stellen also keinen Einbruch in Nachfrage nach Bargeld fest.

Diese Diskussion wurde nicht als dringend angesehen, denn die Bürger verwenden noch immer viel Bargeld. Dies gilt besonders hier in Deutschland, aber nicht ausschließlich. Dennoch bereiten wir uns auf die Zukunft vor und es sind aktive Überlegungen, aber man muss mit Umsicht vorgehen. Wir sollten keine voreiligen Schlüsse ziehen, denn es gilt eine Reihe von Entscheidungen zu treffen. Natürlich stehen wir vor technologischen Entscheidungen. Wenn wir einen digitalen Euro haben wollen, verwenden wir dann eine Blockchain, oder wollen wir EZB-Konten für 600 Millionen europäische Bürger eröffnen? Nun, das vermutlich nicht, aber die Möglichkeit bestünde jederzeit.

Wenn wir uns für eine Blockchain entscheiden, wollen wir dann ein Proof-of-Work-System wie bei Bitcoin, oder wollen wir eine Toleranz für byzantinische Fehler wie bei Libra? Das sind alles technologische Fragen, die beantwortet werden

müssten. Zudem besteht die Frage nach der Wahl der Architektur: Wollen wir diesen digitalen Euro direkt an die Bürger ausgeben? Oder wollen wir ein zweistufiges System, das mehr oder weniger dem entspricht, woran die Chinesen arbeiten, bei dem digitale Euros an Banken ausgegeben werden und die Banken dann *Tokens* an die Kunden ausgeben.

Alle diese Entscheidungen müssten getroffen werden und diese Materie muss gründlich überdacht werden. Und nicht zuletzt müssen wir sehr intensiv über die Folgen für den Finanzsektor und die finanzielle Intermediation nachdenken. Es besteht das Risiko, dass wenn wir den Bürgern einen digitalen *Token* in Euro zur Verfügung stellen, das Bedürfnis für ein Bankkonto entfällt. Warum sollte man sein Geld in einer Bank aufbewahren? Vermutlich möchte man dann sein ganzes Geld, alle Ersparnisse, direkt in digitalen Euros haben. Und das könnte sehr schwerwiegende Folgen für das Geschäftsmodell von Einlagebanken haben. Wir treten also nicht an, um das Geschäftsmodell „Bank“ zu schützen, das muss leider gesagt werden. Aber wir legen großen Wert auf Finanzstabilität, deshalb wollen wir keine Innovationen einführen, die das System destabilisieren könnten.

Letztlich bin ich mir ziemlich sicher, dass wir irgendwann das Ziel erreichen werden, wir müssen nur die richtigen Schritte unternehmen und die erforderlichen Diskussionen führen. Und schließlich ist es nicht nur eine Entscheidung der EZB, denn Entscheidungen im Hinblick auf die Währung sind auch politische Entscheidungen. Einem gesetzlichen Zahlungsmittel liegt eine gesetzliche Entscheidung zugrunde. Es liegt an den Parlamenten, darüber zu entscheiden, nicht an uns. Daher gehen wir bei der technologischen Diskussion voran, aber letztlich müssen diese Fragen an die Politik zurückgegeben werden.

SV Markus Becker-Melching: Ich beeile mich, weil ich die wesentlichen Ausführungen meines Vorredners teilen kann. Stellen Sie sich vor, alle Wirtschaftssubjekte hätten direkten Zugang zum EZB-Zahlungssystem und zu EZB-Konten. Die logische Folge wäre, dass das Risiko, ein Geschäft mit einer Geschäftsbank zu machen, die insolvent gehen könnte, entfällt und stattdessen die sichere Variante bestünde, sämtlichen Zahlungsverkehr, sämtliche kurzfristigen Einlagen - vielleicht nicht



die langfristigen Einlagen - bei der Zentralbank zu deponieren. Die Folge wäre, dass das Geschäftsbankensystem, so wie wir es heute kennen, zumindest im kurzfristigen Bereich nicht mehr in der Lage wäre, seine Funktionen zu erfüllen. Das heißt, Sie müssten auf jeden Fall die Frage von kurzfristigen Krediten auf die Zentralbank überlagern. Ob Sie ein Bankensystem anstreben, das mit kurzfristigen Krediten arbeitet, die nur von der Notenbank dargestellt werden, wage ich zu bezweifeln.

Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich würde meine Frage zunächst an Frau Prof. Dr. Hönig richten. Ich will vorweg sagen, wir haben mit der Blockchain-Strategie gerade auch gesehen, dass die Bundesregierung ein großes Interesse daran hat, diese Innovation zu ermöglichen, dass wir einen regulativen Rahmen in Deutschland schaffen wollen, der diese Innovationen ermöglicht. Ich will aber auch, weil das Thema *Sandboxing* gefallen ist, für mich feststellen - vielleicht liege ich auch falsch, dann kann man mich bitte korrigieren -, dass wir hier de facto im Kontext von Libra über ein Kartell von riesigen Unternehmen sprechen. Wir haben mit Facebook als Konsortialführer ein soziales Netzwerk mit über 2 Mrd. Nutzerinnen und Nutzern. Wenn man sich die weiteren Unternehmen in diesem Kartell anschaut, ist das eine unfassbare Marktmacht. Das ist sozusagen ein Elefant im Sandkasten, um dieses Bild zu behalten. Vor diesem Hintergrund halte ich es für absolut angemessen, dass wir hier dieses Thema diskutieren, weil, wie bereits ausgeführt, nur einmal die Chance besteht, die regulatorischen Leitplanken zu setzen. Aber wenn dieser Elefant dann erstmal unterwegs ist, wird es schwierig sein ihn zu stoppen. Eben ist schon über Konsequenzen eines digitalen Euros für die Finanzmarktstabilität gesprochen worden.

Wo sehen Sie die Risiken für die Finanzmarktstabilität, wenn Libra in dem Konzept startet, wie wir es jetzt kennen - wenngleich dieses Konzept noch nicht komplett finalisiert ist?

Sve Prof. Dr. Michaela Hönig: Vielen Dank für Ihre Frage. Erstmal zur *Association*: Es ist relativ wenig verbreitet über die *Association*. Facebook hat hervorgehoben, eine Non-Profit-Organisation gründen zu wollen. Weder Facebook noch alle anderen Gesellschaften sind heute Non-Profit-Organisationen. Nach unserer Meinung strebt die

Libra Association ganz klar Verbindungen von Werbegeschäft, Zahlungsverkehrsdienstleistungen und eCommerce sowie Verwertung dieser Daten an. Das möchte ich klar sagen.

Zum Thema Risiken: Das habe ich auf Seite 8 meiner Stellungnahme skizziert. Ich sehe es in diesen zwei Aspekten, wir müssen einmal das Unternehmen betrachten und den *Stablecoin*. Da gibt es Risiken, die davon ableitbar sind. Wenn wir das nicht regulieren, dann gehen wir in ein systemisches Risiko. Dies bedeutet dann ein systemisches Risiko für den Finanzsektor. Finanzkrisen lassen sich immer anhand von drei Parametern ableiten.

Der erste Parameter ist die Adressenkonzentration. Dabei geht es um die Frage, wie viele Menschen ein Medium nutzen oder wie viele Menschen sich in einer Blase bewegen. Das ist gegeben, weil Facebook alleine fast 3 Mrd. Nutzer hat.

Der zweite Punkt ist die Größe. Die Größe lässt sich messen anhand der Marktkapitalisierung. Der *Stablecoin* wird 1:1 gedeckt. Das ist die Aussage von Facebook. Das heißt, wenn ich 500 Mio. Libra ausgabe, muss ich auch 500 Mio. decken, entweder durch kurzfristige Staatsanleihen oder durch andere Währungen. Facebook oder die *Association* wird hierdurch innerhalb kürzester Zeit ein ganz großer Player am Markt. Größer noch, als die letzte Emission der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 5 Mrd. Bundesschatzbriefen. Hier ist ganz schnell der Milliardenbereich erreicht. Das heißt, Facebook wird ein ganz großer Vermögensverwalter. Das hat Implikationen für die Wertpapiermärkte, weil die *Association* durch die Aussage, der Libra sei 1:1 gedeckt, Staatsanleihen aufkaufen muss. Sie wird nicht C- oder D-Ratings aufkaufen, sondern erstmal Triple A, um Ruhe und eine gewisse Stabilität zu erzeugen.

Triple-A-bewertete Wertpapiere sind auch von ganz vielen anderen Banken gefragt. Sie wird Währungen aufkaufen und wird vielleicht auch Staatsanleihen aufkaufen von Unternehmen oder von Staaten, denen es nicht so gut geht. Das könnte zu Verwerfungen führen. Wir rechnen in Szenarien. Man muss das einmal durchspielen. Es gibt nicht viele Aussagen dazu, weil hierzu in den 18 Seiten *Whitepaper* noch nicht viel enthalten



ist.

Abg. Jörn König (AfD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Abgeordnete, liebe Gäste, ich möchte direkt den von Dr. Zimmermann geäußerten Gedanken der Marktmacht aufgreifen. Ich habe diesbezüglich zwei Fragen an Herrn Himmer:

Wenn man schon über die Marktmacht von Libra spricht, welche Alternativen sehen Sie zu Libra? Befinden sich welche in der Entwicklung und wie schätzen Sie deren Chancen gegenüber Libra ein? Welche Rechtsunsicherheiten bestehen in diesem Kontext?

Sie haben in Ihrem Eröffnungsstatement erwähnt, dass zurzeit viele Bürger Gefahr laufen, sich im Kontext von Kryptowährungen steuerlich falsch zu verhalten und hierdurch gegebenenfalls strafbar machen würden. Um welche Gefahren handelt es sich hierbei genau und welche Maßnahmen könnten aus Ihrer Sicht ergriffen werden?

SV Klaus Himmer: Vielen Dank für die Frage. Vielleicht noch kurz an Dr. Zimmermann: Die *Sandboxes* waren natürlich nicht auf Libra bezogen!

Dann starte ich mit der letzten Frage zu dem steuerlichen Phänomen. Die Problematik fußt darin, dass Blockchain-basierte Vermögenswerte – ob Kryptowährungen, *Security Tokens*, *Payment Tokens* oder andere – als sogenannte private Wirtschaftsgüter oder auch als steuerliche Finanzinstrumente zu qualifizieren sind. Das heißt, wenn ein Veräußerungsvorgang mit solchen stattfindet, dann kann das potenziell Ertragssteuern auslösen. So ein Veräußerungsvorgang, also Token gegen Euros, ist aber auch anderen Vorgängen gleichgestellt, wie zum Beispiel, wenn Token gegen andere Token getauscht werden. So viel zum Hintergrund.

Die gleiche Fragestellung besteht aber auch dann, wenn Token als Zahlungsmittel eingesetzt werden. Vereinfacht gesagt ist dies beispielsweise dann der Fall, wenn ich damit beim Metzger meine Salami kaufe.

Es gibt in der Literatur hier keine klar herrschende Meinung. Aber in den ersten Verwaltungsanweisungen wird hier der profiskalische Ansatz vertreten, dass solche

Transaktionen auch als ertragssteuerwirksame Veräußerungsgeschäfte betrachtet werden sollten.

Letztendlich gibt es vertretbare Argumente für beide Auffassungen und somit dafür, dass die Steuerwahrungssphäre angetastet ist oder dies nicht der Fall ist. Aber man sollte hier natürlich auch die Konsequenzen dieser Rechtsfolgen im Hinterkopf behalten. Werden Kryptowährungen im Alltag als Bezahlvorgang eingesetzt, bedeutet dies, jeder Vorgang muss dokumentiert werden und ein etwaiger Veräußerungsgewinn ermittelt werden. Da hier keine Abzugssteuern einbehalten werden, wie bei Wertpapiertransaktionen, liegt es dann am Steuerpflichtigen, diese Dokumentation vorzuhalten und in seiner Steuererklärung die Steuereinkünfte zu deklarieren.

Wird im Fall von § 23 mit den privaten Wirtschaftsgütern die im Einkommensteuergesetz festgelegte Freigrenze von 600 Euro überschritten und werden diese Einkünfte nicht oder fehlerhaft erklärt, besteht das Risiko, dass der Steuerpflichtige in die Steuerhinterziehung rutscht.

Sollte es nun zu einer ausdrücklichen Steuerbefreiung solcher Geschäfte kommen, ist dies nicht automatisch die Lösung des Problems, denn die Dokumentationsanforderungen würden trotzdem weiterhin bestehen, wenn solche Bestände mit anderen Beständen, die zum Beispiel zu Kapitalanlagezwecken genutzt werden, vermischt werden.

Da der durchschnittliche Kryptowährungsbesitzer jedoch auch bei der Deklaration seiner Spekulationsgeschäfte überfordert sein könnte, wäre hier vielleicht ein Lösungsansatz, dass man diese als Spekulationsgeschäft, also als Kapitalanlage klassifizieren könnte und damit ebenso einem Abzugssteuerregime unterwerfen würde. In diesem Fall der Kapitalertragsteuer – vom Steuersatz mal abgesehen – nur verfahrenstechnisch. Und Zahlungsvorgänge, die nur zur Bezahlung von Waren- und Dienstleistungen dienen, die klar dem Konsumverhalten des Steuerpflichtigen zuzuordnen sind, könnten komplett aus der Steuervorgangssphäre herausgenommen werden.

Zu der zweiten Frage nach den Alternativen zu Libra: Ich will hier vor allen Dingen zwei Projekte nennen, das ist *Hedera Hashgraph* und *IOTA*.



IOTA nenne ich, weil es hier auf die Berliner Stiftung zurückgeht. Das heißt, wir haben tatsächlich hier in Deutschland entsprechende technologische Entwicklungen, die von Bedeutung sind. Hedera kommt zwar auch aus Amerika, hat aber einen ähnlichen Ansatz. Es gibt hier auch einen *Governing Council*, der eine ähnliche Funktion wie die *Libra Association* einnehmen soll. Interessanterweise ist hier die Deutsche Telekom zum Beispiel Mitglied.

Abseits dieser zentralisierten Lösungen gibt es allerdings auch im dezentralisierten Bereich in der Community Entwicklungen, die unter dem Begriff *Decentralized Finance* oder kurz DeFi laufen. Das ist auch sehr interessant, denn hier gibt es ein Vorzeigeprojekt, nämlich *MakerDAO*, das auf der Cerium-Blockchain basiert. Hier hat man geschafft, die Kreditvergabe vollkommen zu automatisieren in Verbindung mit einem *Stablecoin*, der an Dollar *gepegged* ist. Das bedeutet, Sie können den *Cerium Coin ISA* in diesen *Smart Contract* schicken und haben das als *Collateral* hinterlegt und können dann zum Beispiel bis zu 75 Prozent dafür diesen *Stablecoin* erzeugen lassen.

Das Ganze läuft jetzt schon etwas länger als ein Jahr. Aber das Projekt hat es geschafft, tatsächlich diesen *Stablecoin DAI* seit einem Jahr konstant an den Dollar zu knüpfen, ohne dass es hier eine zentrale Partei gibt, die beispielsweise irgendetwas hinterlegt.

Abg. Frank Schäffler (FDP):

Ich habe eine Frage an Herrn Bärligea. Finanzminister Olaf Scholz hat neulich in einem FAZ-Interview gesagt, die Herausgabe einer Währung gehöre nicht in die Hand eines Privatunternehmens, denn sie sei ein Kernelement staatlicher Souveränität. Trifft das zu und wie digital ist der Euro eigentlich schon heute? Wie privat bzw. nicht staatlich ist er heute?

SV Ralph Bärligea: Es kommt sicherlich darauf an, was der Finanzminister mit dem Begriff Währung gemeint hat. Denn bei Währung gemeint als Währungsordnung, also als der rechtliche Rahmen, den wir uns selbst für unsere Währung oder unser Geld an sich geben, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Herausgabe nicht in private Hände gehört. Die Gesetze macht immer noch die Legislative und nicht irgendein privates

Unternehmen.

Die Frage ist auch, zu welchem Anlass die Äußerung erfolgt ist. Er hat selbst im Bundeskabinett die Blockchain-Strategie mit beschlossen. Dort steht ein Satz, der wegen der Unklarheit, was unter dem Begriff Währung eigentlich zu verstehen ist, in der Presse, in den Medien, für Aufregung gesorgt hat. Nämlich der Satz, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzen wird, dass *Stablecoins* keine Alternative zur staatlichen Währung bilden werden. Was ist damit gemeint? Was sind *Stablecoins*? Was ist unter staatlicher Währung zu verstehen?

Es ist heute schon so, dass etwa 80 Prozent unseres Geldes von privaten Banken geschaffen wird, nämlich unser Girogeld. Das ist im Rahmen unserer Währungsordnung auch legal. Insofern ist hier unser Geld eben auch in privaten Händen reguliert. Auch die Noten und Münzen, die wir verwenden, werden zum Teil von privaten Unternehmen hergestellt. Die IT-Systeme der Europäischen Zentralbank werden auch von privaten Unternehmen produziert. Das heißt, aus meiner Sicht, gehört unser Geld definitiv auch in private Hände, weil der öffentliche Sektor allein - das ist auch heute schon so - das Angebot gar nicht bereitstellen könnte.

Das heißt, ich gebe dem Finanzminister selbstverständlich Recht, wenn er sagt, dass unsere Währungsordnung nicht in private Hände gehört. Aber ansonsten weise ich gerade in Bezug auf Libra darauf hin, dass noch nicht klar ist, wie sie ausformuliert aussehen wird. Libra ist nicht als selbstständige Währung angedacht, sondern eher als Währungskorb. So wie ein Geldmarktfonds, ein ITF, der dann nicht nur an Börsen frei gehandelt, sondern auch so liquide ist, dass er auch zur Zahlung eingesetzt werden kann.

Wir haben viel darüber diskutiert. Die Regulatorik, die Gesetze, sollten für Libra gelten. Das ist doch im Prinzip eine Selbstverständlichkeit, dass alle Gesetze, wie sie heute schon für Banken und Finanzinstitute und Fonds gelten, dann auch für die *Libra Association* gelten. Wir haben international agierende Banken, die auch über mehrere Länder hinweg Geld transferieren, basierend auf klassischen IT-Systemen. Wenn dies nun auf neuartigen IT-Systemen geschieht, die eben Blockchain-basiert



sind, dann hat das uns doch gar nicht zu verunsichern. Dann gelten genau die gleichen Gesetze auch. Das würde ich so festhalten.

Es gibt natürlich die Frage, die nochmals darüber hinausgeht: Wollen wir innerhalb unserer Währungsordnung Währungswettbewerb im Sinne von Geldwettbewerb? Da sagt § 35 im Bundesbankgesetz, dass die Herausgabe von Geldzeichen etc., auch die, die nicht auf Euro lauten, unter Strafe stünde. Da äußert sich das Gesetz klar. Die Frage ist, dort steht auch, „die geeignet sind, den Euro zu ersetzen“. Herr Cœuré, Sie haben das gut ausgedrückt. Sie haben von „Substituieren“ gesprochen. Es geht nicht darum, Alternativen in Nischen zu verbieten, es geht letztendlich nur darum, dass es kein Substitut geben soll. Solange die Europäische Zentralbank zusammen mit den nationalen Notenbanken ein Geld auf den Markt bringt, das eine hervorragende Qualität hat und sich den technologischen Neuerungen anpasst, werden Wettbewerber letztlich auch nie über die Nischen hinauskommen.

In dem Rahmen ist auch Libra nicht als eigenständige Währung zu betrachten. Ich persönlich bin in diesem Sinne auch nicht verunsichert. Jetzt ist unser Geldsystem aufgerufen, an dem Wettbewerb teilzunehmen und eigene Lösungen hervorzubringen, die besser sind, als private Kryptowährungen.

Abg. **Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.):** Meine Fragen richten sich an Dr. Leistert. Facebook stellt Libra vor allem als Projekt dar, das Menschen das Leben leichter macht. Und da ist möglicherweise auch etwas dran. Wenn man jedoch aus nachvollziehbaren Gründen eine Facebook-Währung ablehnt, wie müsste man eine alternative digitale Währung realisieren, die dann einerseits tatsächlich den Zahlungsverkehr im 21. Jahrhundert erleichtert, mit der andererseits aber die negativen Nebenwirkungen nicht einhergehen, sondern möglicherweise sogar positive Nebenwirkungen erzeugt werden, wie etwa ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit? Wie müsste eine solche Währung aussehen?

Meine zweite Frage bezieht sich auf Ihr schriftliches Statement, das ich übrigens allen Interessierten sehr zur Lektüre empfehle. Darin schreiben Sie, dass Facebook das Geld

privatisieren möchte, Risiken aber sozialisieren will. An welchen Aspekten aus dem bisherigen Konzept, das Libra vorgestellt hat, würden Sie hierfür Anhaltspunkte sehen?

SV Dr. Oliver Leistert: Ich bedanke mich für die beiden Fragen. Zunächst zur ersten Frage nach einer sozialgerechten Währung ohne Facebook. Ich glaube, das ist eben schon mehrfach angeklungen. Die Blockchain-Technologie ist tatsächlich ein interessantes Phänomen, das uns auch – hiervon bin ich überzeugt – in den nächsten Jahren noch sehr begleiten wird. Auf der Ebene ist es wirklich möglich mit relativ simplen Rechnern ein System aufzusetzen, das tatsächlich für Milliarden Menschen eine Währung zur Verfügung stellen könnte. Das ist heute der Status Quo. In diesem Zusammenhang ist es auch sehr bezeichnend, dass der Code von *Libra Open Source* ist. Große Teile des Codes stammen zum Beispiel von einem Londoner Startup namens *Chainspace.io*. Das hat damals im DECODE-Projekt (*Decentralised Citizens Owned Data Ecosystem*) in Barcelona mit programmiert; ein Open-Source-Projekt, wo es genau darum ging, mit der Blockchain-Technologie Bürgerinnen und Bürger in demokratische Prozesse zu integrieren.

Dann möchte ich vor allem diese Frage noch ein bisschen dahingehend öffnen: Was wir mit Blockchain-Technologien bekommen, ist die Möglichkeit, sehr kostengünstig und sicher *Tokens* zu verwalten. Diese *Tokens* können wir programmieren. Ich glaube, es ist sehr wichtig, wenn wir alle nochmal nachdenken, was für Möglichkeiten eigentlich da auf uns zurollen und wie vielleicht Probleme, die wir heute haben, eben über diese Programmierung der *Token* auch angegangen werden können. Ich bin überhaupt kein Freund rein technologischer Lösungen, aber ich glaube tatsächlich, dass die Blockchain-Technologie uns hier einiges bescheren kann.

Wenn wir darüber nachdenken, wie eine Blockchain tatsächlich direkt zu Fragen sozialer Gerechtigkeit beitragen kann, glaube ich, dass dies ein relativ enges Feld ist, weil der Wert des Geldes nicht aus der Existenz des Geldes als solches kommt, sondern aus der Arbeit, die hier hinein gesteckt worden ist. Daher wäre es glaube ich an der Stelle interessanter über Arbeit zu reden, als über Geld. Das wäre meine Position. Dennoch ist es natürlich auch möglich, wenn wir



über die Programmierbarkeit der *Tokens* reden, zu sagen, bestimmte Transaktionen bekommen einen Rabatt, weil sie besondere Qualitäten aufweisen. Andere werden im Umkehrschluss verteuert, weil sie über genau diese Qualitäten nicht verfügen. Auf diesem Weg ließe sich eine sehr schöne Art von *Governance* auf technischer Basis etablieren. Das ist ein Aspekt.

Der zweite Aspekt sind die Risiken. Am Beispiel von Facebook wird deutlich, dass ein Grundzug des Neoliberalismus, den wir seit den 80er Jahren beobachten können, darin besteht, die Risiken zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren. Dies ist meine Perspektive auf Libra und Facebook und die *Association*, die auch schon als Konsortium bezeichnet wurde. Auch wenn wir darauf schauen, was für Firmen hieran beteiligt sind, sind dies alles jüngere plattformbasierte Firmen, die sich alle dadurch auszeichnen, dass sie die Risiken, die sie hervorbringen, eigentlich nicht verantworten, sondern nur die Gewinne abschöpfen. Das ist die Idee, die hinter der *Association* steht: Sie soll eigentlich dagegen abschirmen, das was sie da veranstaltet verantworten zu müssen und vielmehr diese Verantwortung nach wie vor bei den Währungsbanken auslagern.

Das ist wirklich ein kluges *Whitepaper*. Das ist unglaublich frech, wenn man sich vorstellt, was das ist. Es geht darum, das auch in dieser Hinsicht kritisch zu begutachten. Denn ein Unternehmen wie Facebook hat einfach in der Vergangenheit gezeigt, dass Verantwortung keine Rolle spielt, vielmehr geht es alleine um das Verkaufen von Anzeigen. Das ist eben die Frage: Wollen wir so eine *Association* wirklich und ihr dieses Mittel an die Hand geben, die Risiken zu sozialisieren und die Gewinne weiterhin zu privatisieren.

Abg. Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank den Sachverständigen für ihre Vorträge. Ich würde meine Fragen gerne an Frau Gehra richten.

Zunächst zur Bewertung von Libra: Können Sie etwas sagen zu der *Governance*, zu dem was man weiß und vielleicht auch einmal die zentralen Kriterien definieren, die für uns als Politik, als Staat, wichtig sind, entlang derer wir definieren würden, um am Ende einem Projekt wie Libra grünes Licht zu erteilen.

Dann würde mich auch Ihre Einschätzung zum ganzen Thema Marktkonzentration und Wettbewerb interessieren. Wir haben es mit einer sehr mächtigen Plattform zu tun, Messenger-Dienste, Datenplattform, digitales Geld. Gestern habe ich die Ankündigung gelesen, es sei ein Unternehmen mit „Gedankensteuerung“ gekauft worden. Jetzt könnte ich polemisch sagen, wo der Wunsch nach dem Bier geäußert wird, fließt schon die Zahlung. Wie gehen wir als Europäer mit einem so mächtigen Unternehmen um und welche Bedeutung hat das eigentlich für den Wettbewerb?

Zur Frage nach den Alternativen staatlicher oder privater Natur, würde mich Ihre Meinung ebenfalls interessieren.

Sve Katharina Gehra: Vielen Dank. Die erste Frage nach der *Governance* und den zentralen Kriterien würde ich gerne mit einigen Zahlen beginnen. Die ersten Veröffentlichungen, wie Libra die Reserve plant, stehen bereits zur Verfügung. Da geht es darum, dass direkt 50 Prozent Währungen gekauft werden und 50 Prozent Staatsanleihen. Hierzu gibt es unterschiedliche wissenschaftliche *Papers*. Angenommen, wir nehmen die 1000 Transaktionen pro Sekunde, 100 Euro im Schnitt - was würde das bedeuten? Kurzum: Libra wird wahrscheinlich ungefähr 250 Mrd. Euro im ersten Schritt refinanzieren. Nach der heutigen Aufteilung wären das knapp 52 Prozent US-Dollar, knapp 18 Prozent Euro - also hierfür entscheidend - und dann noch das Britische Pfund und Singapur-Dollar.

Ich glaube, das Wichtige bezüglich dieser Kriterien ist, dass sie zunächst auf den ersten Blick relativ willkürlich sind. Es geht nicht nur darum, relativ stabil zu sein, denn es gibt andere Triple-A-Bewertete in dem aktuellen *Set-up*, die sie nicht kaufen würden. Und es geht darum, dass der Markt nach der aktuellen Handhabung nicht wissen kann, oder nicht berechnen kann, was gekauft werden würde. Das heißt, die klare *Governance*-Regel aus meiner Sicht müsste sein, dass diesbezüglich absolut transparent, im Vorhinein berechenbar und nicht kurzfristig veränderbar vorgegangen werden muss. Dies ist ganz wichtig, damit eine inhärente Stabilität auch vom Markt als solche gesehen werden kann.



Die zweite Frage nach der Marktkonzentration und dem Wettbewerb: Ich glaube, da darf man in Deutschland mal davon abgehen, dass man sich nicht selber überschätzt. Wir haben *WeChat Pay* - die haben heute 1,1 Mrd. *User*, die jeden Tag mehrfach darüber bezahlen. Wir haben Facebook als Plattform an sich, die schon 2,4 Mrd. *User* hat. Wenn man dazu im Vergleich die größte europäische Retail Bank nimmt, die hat 0,125 Mrd. *User*. Das heißt, die Frage, ob es hier eine Marktkonzentration gibt und wie sehr dieser Zugang zum Kunden auch zu werten ist, ist aus meiner Sicht ganz eindeutig. Die Frage, wie gehen wir jetzt mit den 500 Millionen Europäern um und was sind die Alternativen dafür, ist hier ganz zentral. Denn, dass es hier eine Marktkonzentration gibt, und dass es äußerst schwer wird, Facebook irgendwas entgegen zu setzen, ist aus meiner Sicht ohne Frage.

Zur Frage nach den Alternativen: Ich glaube, hierbei handelt es sich um die alles entscheidende Frage. Es kann nicht sein, dass wir einfach sagen, wir finden keine bessere Lösung oder wir suchen nicht mal eine bessere Lösung. Ich glaube, es gibt so viele wettbewerbsdifferenzierende Merkmale, wo sich Europa auch überlegen kann, wie man sich dagegen positioniert. Das ist die Chance, die man nutzen sollte. Da ist an erster Stelle das Thema Datenschutz sowie das Thema Normensetzung. Dann stellt sich bei dem Stichwort D-Mark und Euro die Frage, wie man eigentlich eine stabile Währung über Jahrzehnte aufbauen kann. Und es muss gefragt werden, welches Maß an Freiheit und an Sicherheit und welche Klimaziele man eigentlich für die Menschen, die hier leben, anstrebt. Möchte man, dass die Menschen ordentlich und unüberwacht und nicht gedankengesteuert leben können und hier ihre Freiheit genießen können oder will man diese Frage einem chinesischen Yuan, einem *WeChat Pay* oder Facebook überlassen? Das ist die entscheidende Frage: Was wollen wir genau, was ist mit unserem Wertekanon vereinbar, wie können wir uns hier ein Stück weit auch zwischen den Fronten China und Amerika positionieren? Wo ist hier die Chance für eine nachhaltige und ausgewogene Lösung, die wir gerne selber, alle die wir hier sitzen, auch nutzen möchten.

Abg. Uwe Kamann (fraktionslos): Herzlichen

Dank. Vorhin wurde gesagt - ich glaube, Herr Bärlichea hat dies geäußert -, dass es keine Währung als solche ist, sondern im Prinzip nur ein Zahlungssystem, das man aufbaut. Ich kann Ihre Euphorie nicht ganz nachvollziehen. Denn der Libra soll, wenn ich das *Whitepaper* richtig lese bzw. meine Informationen stimmen, durch einen sogenannten Währungskorb gestützt werden, in dem der US-Dollar - Trump wird es freuen - mit mindestens 50 Prozent und der Euro mit 18 Prozent vertreten ist. Dahinter müssen natürlich dann auch entsprechend Käufe stehen, einmal über die Währung als solches und dann auch Staatsanleihen. Wie in der Medizin, ist es immer die Dosierung, die ausmacht, ob etwas giftig ist oder nicht.

Meine Frage geht an Frau Prof. Hönig: Glauben Sie, oder könnten Sie sich vorstellen, dass Facebook mit seiner unendlichen Marktmacht, die meiner Meinung nach viel zu groß ist, dann auch relativ schnell über die Möglichkeit verfügt, Manipulationen, auch im negativen Sinne, durchführen zu können, weil sie das stützen müssten. Wenn etwa Währungen Währungsschwankungen unterliegen und dann diese fixe Situation da ist, dass diese Aufteilung Bestand haben soll, dann müssen sie entsprechende Stützungskäufe machen, in welcher Art und Weise auch immer.

Sehen Sie da eine mögliche große Gefahr, dass über einen indirekten Weg auch Einfluss genommen werden kann auf die Währungspolitik der einzelnen Staaten? Das ist die eine Frage. Das gleiche ist mit den Währungen und den Staatsanleihen, die dahingehen. Entstünden da nicht auch Abhängigkeiten - immer unter dem Aspekt der wahnsinnigen Marktmacht, die Facebook und die möglichen zusätzlichen 27 Gründungsmitglieder haben? Denn ich glaube nicht, dass Unternehmen, die gewinnorientiert agieren, jetzt auf einmal ihre soziale Ader gefunden haben und keinen tatsächlichen Nutzen, oder wirtschaftlichen Nutzen daraus in irgendeiner Art und Weise ziehen werden.

SVe Prof. Dr. Michaela Hönig: Vielen Dank für Ihre Frage. Zur Beantwortung der ersten Frage zu einer möglichen Manipulation: Diese Gefahr ist natürlich gegeben. Dies ist der Fall, weil wir in eine immens hohe Marktkapitalisierung rein kommen, eben ist schon die Zahl 250 Mrd. Euro



gefallen. Das wird ein riesengroßer *Player*. Die Frage ist dann, der Euro, der US-Dollar sind noch relativ stabil, aber wie sieht das dann aus, wenn ich in anderen Ländern bin, also in Entwicklungsländern oder Schwellenländern? In Staaten wie beispielsweise Venezuela, wo das nicht so stabil ist, könnte Libra zu einer zweiten oder einer Ersatzwährung werden und mehr Macht ergreifen. Ich sehe die Gefahr genauso, wie Sie sie geschildert haben und deswegen muss das beobachtet und untersucht werden. Die Gefahr der Manipulation sehe ich genauso und sehe ich auch als gegeben an.

Die zweite Frage zur Abhängigkeit: Auch die ist gegeben, weil wir eben diesen großen Vermögensverwalter Facebook oder diese *Association* haben. Ich teile die Auffassung, und das habe ich in meiner Stellungnahme auch geschrieben, dass Facebook und die Mitglieder dieser *Association* heute keine Non-Profit-Organisationen sind. Vielmehr handelt es sich um riesengroße Konzerne, die als erstes Daten möchten, Daten für eCommerce, Daten für ihre Werbung, Daten für ihr Business. Sie können dann nochmal äußern, sie seien eine Non-Profit-Organisation, ich glaube das nicht. Deswegen teile ich auch hier Ihre Meinung, und sehe das genauso als Gefahr.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Wir steigen in die zweite Fragerunde ein. Es beginnt der Kollege Heilmann.

Abg. Thomas Heilmann (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich würde gerne mit einem Kompliment beginnen. Ich nehme fast jede Sitzungswoche an irgendeiner Anhörung teil und hatte selten eine so qualifizierte Debatte, so gute Statements, auch schriftliche vorher, und wie ich finde, nachvollziehbare und sehr eingängige Antworten. Dafür erstmal ein Dankeschön!

Ich würde zweitens feststellen, für die Union und wohl auch für Sie alle: Wir wollen die Ordnung und die Regulierung für unseren Währungsraum behalten. Das haben Sie mit unterschiedlichen Schattierungen gesagt. Das ist auch unsere Auffassung. Und völlig losgelöst von der Währung geht es natürlich auch um die fundamentale Frage der Marktkonzentration. Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, in der alle eine Teilhabe haben können und nicht von einzelnen *Playern*

im Markt abhängig sind. Wir sind, völlig losgelöst von der Libra-Sache, als Union auch der Meinung, dass wir zu neuen Regulierungsmodellen kommen. Dass auch bei sozialen Netzwerken endlich Wettbewerb einkehrt. Denn den haben wir de facto nur sehr schwach ausgeprägt.

Ich habe im Anschluss an die Frage von Matthias Hauer eine Frage an Sie, Herr Becker-Melching. Sie haben gesagt, wir wollen sicher keine einzelne Nationalbank, die die privaten Banken ersetzt. Das kann ich natürlich unterschreiben. Aber warum schließen Sie daraus, wenn jetzt die EZB oder die Nationalbanken *Token* oder einen *Stablecoin*, wie Bargeld ausgeben würden, dass damit ein Kreditgeschäft verbunden wäre. Das sehe ich überhaupt nicht. Die Bundesbank gibt auch Bargeld heraus, aber keine Kredite. Ich würde auch niemals auf die Idee kommen, dass eine einzelne, auch staatliche Bank, irgendwie Kreditentscheidungen treffen sollte. Das ist sicher nicht unser Modell. Das ist der eine Fragenkomplex.

Der zweite Fragenkomplex ist das, was mich am meisten beschäftigt bei der ganzen Frage: Wenn wir einen *Stablecoin* über die EZB oder die Nationalbanken einführen, wie verhindern wir eigentlich einen *Bank Run*? Wenn der Euro-Token letztlich wie eine *Security* oder eine Aktie abgesondert werden kann, gibt es überhaupt keinen Grund mehr im Giralgeld zu bleiben. Dann muss ich auf den Euro-Token gehen. Auch das kann nicht unser Ziel sein, dass wir eine finanzielle Instabilität haben. Wenn wir sehen, was *Lehman Brothers* in der Welt verursacht hat, möchte ich nicht wissen, was dann für ein Erdbeben stattfindet, wenn wir einen solchen *Bank Run* erleben.

SV Markus Becker-Melching: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ihre zweite Frage ist letztlich die Antwort auf die erste. Dann habe ich mich missverständlich ausgedrückt. Mein Hinweis war, dass gerade weil die Zentralbank eine unbegrenzte Sicherheit garantiert, es keinerlei *Incentive* mehr gibt - wenn die Privatkunden Zugang zur Zentralbank haben - und keinerlei Anreiz mehr besteht, für die Privatkunden kurzfristiges Geld, Sichteinlagen im Geschäftsbankensystem zu deponieren. Langfristig mag das eine andere Sache sein. Damit verlieren umgekehrt die Geschäftsbanken die Fähigkeit Kredite zu



vergeben, diese Mittel zu nutzen, um insbesondere kurzfristigen Kredit zu geben. Die Frage ist, woher käme das dann. Dann wäre der Druck auf den Zentralbanken, solche Mittel zur Verfügung zu stellen. Oder aber wir würden das Geschäftsbankensystem komplett umstellen müssen. Das heißt, aus üblicherweise hochverzinslichen langfristigen Einlagen, kurzfristige Kredite zu machen, was auch Schwierigkeiten bereiten würde. Darauf zielt das Argument ab.

Die Frage ist, wie kann man so etwas verhindern, wenn man trotzdem einen digital programmierbaren Euro haben will. Denn letztlich können Geschäftsbanken in der heutigen Welt kontenbasiert ähnliche Modelle anbieten. Es ist kein Problem, Einlagen zu nehmen, damit einen *Token* aufzuladen und die Vorteile des tokenbasierten Systems, wie schnelle Abwicklung, keine Intermediäre, komplette Abwicklung über den *Token*, zu nutzen. Das Problem, das wir heute haben, ist die Interoperabilität. Ich habe heute noch keine Systeme, um zwischen zwei Bankangeboten schnell ausgleichen zu können, ohne über den Euro zu gehen, und damit die Effizienzvorteile, die ich bei einem *Token* hätte, zu verlieren.

Von daher unser Ruf nach einer öffentlichen Moderation, um genau diese Systeme, diese Interoperabilität, hinzubekommen. Dann im Zusammenspiel mit Zentralbanken, mit Geschäftsbanken, letztlich einen digital programmierbaren Euro auf privater Basis zu haben, wo die Zentralbanken ihre grundsätzliche bisherige Funktion und die Geschäftsbanken ihre grundsätzliche Position beibehalten. Das alles hoch reguliert. Und wenn in einem solchen System *Libra* mitspielt, hoch reguliert, bankmäßig reguliert, dann sehr gerne.

Abg. **Metin Hakverdi** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an die EZB. Ich verfolge die Debatte ein bisschen in den USA und China und finde es interessant, dass die Debatte in den USA ähnlich verläuft, wie bei uns. Erstmals sagen alle nein, wir lassen das nicht zu. Dann wird es differenzierter von Woche zu Woche. Man sieht die *Benefits* und die *Challenges*. In China weiß ich überhaupt nicht, wie die Debatte läuft, weil das komplett *closed shop* ist. Ich glaube, das ist auch Teil der Herausforderung.

Deswegen ist meine Frage an die EZB, was die internationale Zusammenarbeit angeht, ob Sie im Gespräch mit der Fed (*Federal Reserve System*) stehen? Die stellen sich alle die gleichen Fragen, die wir uns auch gerade stellen, natürlich unter anderen Voraussetzungen. Ich betrachte das auch, weil ich mich ein bisschen außenpolitisch bemühe, auch unter dem Gesichtspunkt, dass bei Geld und Zahlungsmitteln nicht nur die Herausforderung besteht, dass wir eine komplexe Software und dass der Finanzmarkt sehr kompliziert ist, sondern *G-Economics* bedeutet auch knallharte Außenpolitik. Es wird als Machtinstrument eingesetzt. Zahlungssysteme werden als Machtinstrumente eingesetzt. Ich stelle Ihnen auch die Frage, ob Sie mit der chinesischen Regierung Kontakt haben und was die Aufsicht angeht. Aber erstmal die Frage nach der Fed und wie das aussieht und nach der Aussicht, wie das in Zukunft noch intensiver sein kann, damit es vielleicht eine öffentliche Moderation der freien westlichen Welt auf rechtstaatlicher Ebene gibt und nicht von anderen Staaten, die das anders sehen.

SV **Benoît Cœuré**: (Übersetzung aus dem Englischen) Vielen Dank für Ihre Frage. Ja, wir sprechen mit der Fed - ich hatte ja die G7-Arbeitsgruppe für *Stablecoins* erwähnt, die am Tag nach dem *Libra-Whitepaper* gegründet wurde. Das war die Antwort der G7 darauf. Und sie begann zunächst als eine Gruppe von G7-Zentralbanken, also EZB, Fed, aber auch Bundesbank, Bank von Frankreich usw. Und jetzt umfasst sie auch G7-Finanzministerien, um auch Steuerfragen, Datenschutzfragen und Themen, die über den Aufgabenbereich der Zentralbanken hinausgehen, diskutieren zu können.

Wie gesagt wird unser Bericht voraussichtlich Mitte Oktober erscheinen, und er wird viele Antworten enthalten. Aber auch viele Fragen ohne Antworten, denn wir wissen nicht sehr viel über diese Projekte, aber es wird Aussagen darüber geben, was aus unserer Sicht akzeptabel ist und was nicht. Über die G7 hinaus sind auch die G20 aktiv, zu denen China, aber auch Brasilien, Russland und eine Reihe von Schwellenländern gehören. Das wird ein Diskussionsthema auf dem nächsten Treffen der Finanzminister und Gouverneure der G20 in Washington sein, also auch im Oktober. Und das



Financial Stability Board arbeitet an regulatorischen Fragen im Zusammenhang mit *Stablecoins*, d. h. einer Bestandsaufnahme des Regulierungsansatzes in den verschiedenen Rechtsordnungen, um mögliche Inkonsistenzen und auch mögliche Lücken zu identifizieren, und eine Antwort darauf zu geben, welche Art von Initiativen wir gegebenenfalls auf internationaler Ebene brauchen. Darüber hinaus sind wir im Gespräch mit Zentralbanken aus Entwicklungsländern und insbesondere Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, die, wie bereits erwähnt, vom monetären Standpunkt aus wahrscheinlich am stärksten betroffen sein werden.

Ich glaube nicht, dass Libra jemals ein bedeutender Konkurrent des Euro sein wird, wenn es um inländische Zahlungen innerhalb der Eurozone geht. Das ist auch nicht das erklärte Geschäftsmodell von Facebook, aber Libra könnte ein sehr bedeutender Konkurrent für Währungen in kleineren Entwicklungsländern werden, was erhebliche Probleme mit der monetären Souveränität aufwerfen würde. Auch der IWF und die Weltbank unterstützen uns bei dieser Arbeit. Das steht also eindeutig auf unserer Agenda. Vielleicht als Ergänzung: Es geht nicht nur darum, ob wir Libra oder *Stablecoins* zulassen und wie wir *Stablecoins* regulieren sollten, sondern auch darum, wie wir unsere Zahlungssysteme verbessern können, denn wir sind der festen Überzeugung, dass der beste Weg darin besteht, die Fragen zu beantworten, die in erster Linie von Kunden gestellt werden und auf die Libra eine Antwort sein soll. Deshalb müssen wir unsere Zahlungssysteme billiger und schneller machen. Dabei gehen wir mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor.

Wie Sie wissen, verfügt die EZB über ein Instant-Payment-System, ein schnelles europäisches Zahlungssystem, das rund um die Uhr in Betrieb ist und für jede Zahlung 0,2 Eurocent berechnet. Das heißt, 500 Transaktionen lassen sich für 1 Euro durchführen, und das System funktioniert sehr gut. In den USA wurde gerade erst entschieden, mit der Arbeit an etwas Derartigem zu beginnen, also wird es dort noch einige Jahre dauern. Doch das Vereinigte Königreich, Australien und einige andere Länder verfügen bereits über solche Systeme. Wir müssen also auf

europäischer und internationaler Ebene daran arbeiten, unsere Zahlungssysteme zu verbessern. Innerhalb Europas beginnt es damit, die Retail-Zahlungssysteme besser zu integrieren, und das muss als eine Mischung aus öffentlichen und privaten Lösungen geschehen. Denn Zahlungen sind immer eine Mischung aus öffentlichen und privaten Lösungen. So können wir auf TIPS aufbauen, also dem EZB-System, aber sicherlich werden auch die Banken etwas für die Interoperabilität ihrer Retail-Zahlungssysteme tun müssen; daran fehlt es heute, doch es gibt gute Initiativen in diesem Bereich. Aber wir müssen auch die globale Dimension betrachten, d. h. wie man schnelle Zahlungssysteme über Rechtsordnungen hinweg miteinander verbindet. Insbesondere um Überweisungen zu verbessern, denn das hilft finanzschwachen Menschen, aber auch der globalen Wirtschaft - im Moment sind Überweisungen einfach zu teuer und zu langsam. Hier kann also viel getan werden und dafür braucht es keine *Stablecoins*.

Abg. Jörn König (AfD): Vielen Dank. Nun haben wir hier in der Anhörung eine ganze Menge über Risiken gehört, was alles passieren könnte oder passieren wird. Meine persönliche Meinung dazu ist: „Versuch macht klug“. In dem Zusammenhang hätte ich einige Fragen an Frau Gehra.

Wenn Sie Vorschläge machen könnten, welche regulierende Intervention würden Sie vorschlagen, welche Fragen müssten von Facebook unbedingt vor der Einführung geklärt werden? Sprechen Sie sich dafür aus, dass Facebook mit dem Libra-Projekt pausieren sollte bis es angemessene, auch internationale, Regulierung gibt?

SVe Katharina Gehra: Vielen Dank für die Fragen. Ich werde zuerst die letzte Frage beantworten: Ich glaube, dass die *Libra Association* sich immer weiter bewegen wird und dass sie versuchen wird, dort, wo sie *launchen* kann, auch zu *launchen*. Da ist zu viel Geld investiert und das Geschäftsmodell hinterher ist zu profitabel, als dass sie da warten. Das wäre meine Einschätzung.

Sie hatten das so schön gesagt: Die normative Kraft des Faktischen, Sie können das Internet nicht verbieten am Ende des Tages, wenn Sie es auf Ihrem Smartphone haben, in der Tasche haben. Aber das ist eine andere Diskussion.



Welche Regulierung und welche Ansätze würde ich sehen: Das erste Thema ist eigentlich zu fragen: Für wen denn. Aus Endkundensicht würde ich ganz klar sagen, ist die entscheidende Frage, wie kriegen ich Zugang. Aber noch viel wichtiger, wie kriegen ich es wieder los, wenn ich es nicht mehr will. Das heißt, momentan ist in dem ganzen *Whitepaper* aus meiner Sicht eine Frage am dünnsten beantwortet, die aber aus meiner Sicht am kritischsten ist, nämlich, wer denn die Wiederverkäufer sind. Wenn ich in Libra drin bin ist es klar, wenn ich in Euro drin bin ist es klar, aber wer zu welchen Preisen lässt mich eigentlich rein? Das ist momentan nicht geklärt. Da würde ich sagen, das müsste eindeutig geklärt sein und unter Einbeziehung des bestehenden Rechts muss geklärt sein, wer überhaupt zu welchem Preis verkaufen und wieder ankaufen darf. Und wenn ich es loswerden will, wie viel müssten sie dann annehmen? Es darf natürlich nicht sein, dass irgendwann einer sagt: „Tschüss, Pech gehabt, jetzt gibt es nichts mehr“. So liegt die Betrachtung aus Sicht des Endkunden.

Aus Sicht der Staaten, die sich refinanzieren wollen, gibt es einen entscheidenden Punkt. Momentan ist Facebook komplett vermeintlich willkürlich, welche Instrumente sie nehmen und welche nicht. Wenn man jetzt ein bisschen frech wäre, würde man sagen, das ist total praktisch für die USA, weil die chinesischen Käufer für die *Treasuries* gerade ausfallen. Jetzt definiere ich über einen, der bald neuen großen Wiederkäufer, wer auf einmal wie viel US-*Treasuries* kauft. Das ist total praktisch. Das heißt, die Frage, nach welchen Kriterien - also entweder ist es GDP (*Gross Domestic Product*) oder ist es Fakturierung in Devisen oder ist es das tatsächliche *Credit Rating* - muss geklärt sein, damit es auch irgendwo einen fairen Zugang gibt. An der Stelle möchte ich mal Werbung machen für den deutschen Pfandbrief. Warum müssen das denn nur Staatsanleihen sein, warum können es nicht andere *Covered Bonds* oder ähnliche Instrumente sein, wo man sich refinanzieren würde. Das heißt, wenn es darum geht nun *Stablecoins* aufzulegen, stellt sich die Frage nach der Stabilität - dafür gibt es am Markt Kriterien, wie das gemessen wird, Rating oder andere.

Die zweite Frage stellt sich, wenn man jetzt von den Staaten und den Endkunden weggeht, für die

Libra Association - die verdienen sowohl an den Transaktionsgebühren als auch an den Zinsspreads. Ich sage, ich emittiere ein Libra für einen Anteil aus einem *Basket*. Da haben manche negative Zinsen und manche haben positive Zinsen. Im Schnitt werden Sie 90 Basispunkte verdienen nach dem aktuellen Zinsniveau. Das heißt, wie viel davon dürfen ausgeschüttet werden und wie viel davon muss in einen Zinspuffer integriert werden. Jeder *Covered Bond*, jeder Pfandbrief, hat normalerweise eine Überdeckung von zwischen 15 und 20 Prozent. Ich glaube, das ist ein ganz zentraler Punkt, denn es kann nicht sein, dass sie die Gewinne rausnehmen und hinterher eine Unterdeckung entsteht. Das heißt, Sicherheitspuffer müssten aufgefüllt werden.

Der dritte und letzte Punkt ist, und das ist aus meiner Sicht ein Operationspunkt, der ganz wichtig ist, wer auditiert und welche Art von Treuhand-Konstrukt als Sondervermögen oder ähnliches überwacht denn tatsächlich, dass die nicht abgehoben werden. Da gibt es nämlich ein negatives Beispiel, den US-Tether. Die sagen auch, sie seien an den Dollar *gepegged* und auf einmal hat ein substantieller Teil der Reserve gefehlt, weil das nicht ordentlich auditiert wurde. Das heißt, hier müsste man sich Systeme überlegen, ähnlich wie das bei Pensionskassen oder ähnlichem der Fall ist. Wer fungiert als Treuhänder, der dann auch nochmal unabhängig prüft, wo das Geld tatsächlich liegt und wer das bekommen kann. Vielen Dank.

Abg. **Frank Schäffler** (FDP): Jetzt haben wir viel über die Nachteile gesprochen und die Gefahren, die ich auch teile. Deshalb glaube ich auch nicht, dass das so fliegen wird, wie das bisher diskutiert wurde. Denn auch die Menschen draußen werden sich die Frage stellen, wie manipulierbar das ist und wie stark die Regeln auch im laufenden Prozess geändert werden können. Meine Frage wäre in die andere Richtung: Wo sind eigentlich die Vorteile von Kryptowährungen? Da würde ich meine Frage an Herrn Himmer stellen, ob er darstellen kann, wo die Vorteile liegen. Sonst würde das wohl aktuell nicht so wie Pilze aus der Erde sprießen.

SV **Klaus Himmer**: Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, wir haben zu dem Thema doch neben den ganzen regulatorischen und risikobasierten Fragen auch schon ein paar Potenziale besprochen. Ich



denke, wie in meinem Eröffnungsstatement auch schon dargelegt, das offensichtlichste ist in der Theorie die finanzielle Inklusion. Dass wir es ermöglichen, weltweit gesehen, Menschen Zugang zu Finanzdienstleistungen oder auch Zugang zu einer stabilen Währung zu ermöglichen. Die ganzen Implikationen, die für die verschiedenen *Player*, wie Zentralbanken in diesen Ländern, damit einhergehend mal ausgeklammert. Letztendlich ist es eine Frage des Marktes oder des Betrachters.

Wir haben viel über das bestehende System, das bestehende Schuldgeldsystem und die Funktion der Banken, der Geschäftsbanken und der Zentralbanken gesprochen. Letztendlich, wenn man dieses bestehende System jetzt öffnen will und weitere Kryptowährungen oder zentralisierte Lösungen wie Libra dazukommen, dann ist es am Anwender zu entscheiden, welchem Zahlungsmittel er sein Vertrauen schenken will oder auch in welcher Konstellation er welches Zahlungsmittel einsetzen will. Ich glaube, dahin geht auch die Reise der Kryptowährungen, die, wie auch der Überbegriff Blockchain, als Überschrift verwendet werden sollten. Wir haben gehört, es gibt inzwischen 800 und jede dieser Währungen basiert auf bestimmten *Features* oder stellt bestimmte *Features* in den Vordergrund, um für bestimmte Einsatzzwecke interessant zu werden. Ich denke, darin liegt ein entscheidender Vorteil, dass ich eben für bestimmte *Use Cases* auch ein potenziell auf diese am besten zugeschnittenes Zahlungsmittel bekommen kann und eben nicht nur auf ein bestehendes Zahlungsmittel zurückgreifen muss.

Wir haben auch schon einen zweiten Punkt gehört: Die Programmierbarkeit. Es ist natürlich auch möglich innerhalb eines bestehenden Systems für eine Digitalisierung in diesem Sinne zu sorgen. Allerdings bietet die Blockchain hier noch weitere Potenziale, Währungen oder Zahlungsmittel programmierbar zu machen. Wenn wir uns die digitale Entwicklung anschauen, die in Deutschland und weltweit stattfindet, dann werden in Zukunft digitale Zahlungsprozesse - wie im Internet-of-Things-Bereich, wo Maschinen mit Maschinen interagieren - immer wichtiger werden. Hier bieten die Blockchain oder Kryptowährungen ein weiteres Potenzial, auch beispielsweise bestehende Währungen wie den

Euro, programmierbar zu machen, und dadurch mit weiteren Attributen zu versehen. Oder eben auch, wie ich es in meinem Eröffnungsstatement versucht habe anzudeuten, „Compliance-by-Design“ zu schaffen.

Hier kann ich auch noch einen Fall aus der Praxis nennen mit dem wir aktuell zusammenarbeiten. Hier geht es um die Entmaterialisierung eines Wertpapiers. Aber wenn wir über Libra sprechen, handelt es sich meines Erachtens sowieso um ein Wertpapier, das nur ein weiteres *Feature* hat, um als Zahlungsmittel eingesetzt zu werden. Hier geht das jeweilige Projekt in die Richtung, dass gesagt wird, wir machen den *Token* „compliant by design“. Das heißt, er hat bestimmte Attribute, er muss zum Beispiel die Geldwäscherichtlinien einhalten, und ich kann diesen *Token* tatsächlich nur an Empfänger senden, bei denen der *Token* selbst erkennt, dass diese die Voraussetzungen dafür, den *Token* empfangen zu dürfen, einhalten. Wenn der *Token* merkt, dass dies nicht der Fall ist, dann kann der *Token* nicht übertragen werden. Oder der Empfänger kriegt eine Mitteilung, dass KYC (*Know your customer*) durchgeführt werden muss, da Daten fehlen.

Zum Abschluss noch ein Ausflug in die Regulierung. Ich denke, wir haben hier einen guten Konsens erreicht. Ich bin auch der Auffassung, dass je nachdem, was am Ende tatsächlich bei Libra im Detail rauskommt, die bestehende Regulierung greifen sollte. Ich teile auch den Ansatz „*same risk, same regulations*“. Ich finde hier die Herangehensweise von Libra eigentlich sehr charmant, denn sie wollen die Wiederverkäufer so auswählen, dass das schon regulierte Entitäten sind. Dasselbe sollte auch für die Verwahrstellen gelten, die die Reserve am Ende dezentral verwahren sollen. Hier ergeben sich letztendlich auch für die deutsche Bankwirtschaft wieder Möglichkeiten, denn hier geht es um Staatsanleihen und Devisen, die seit sehr langer Zeit verwahrt werden. Wenn man hier jetzt in Kontakt treten würde mit Libra oder auch was die Regulierungsbehörden betrifft, denke ich, was auch aus dem *Whitepaper* hervorgeht, dass hier die *Association* auch offen für ist.

Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich möchte meine Fragen an Benoît Cœuré stellen. Bei dem Vorschlag eines digitalen Euros geht es im Kern darum, auch Bürgern Zugang zu



Zentralbankkonten zu verschaffen, wo das digitale Asset so sicher wie Bargeld wäre, weil es von der Zentralbank garantiert und dem Kreditschöpfungsprozess der Banken entzogen wäre. Das könnte auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bis zu bestimmten Schwellenwerten gewährleisten, also ähnlich wie bei Bargeld. Darüber hinaus greifen natürlich Geldwäschepflichten. Geschäfte mit jedermann sind nach Artikel 22 Bundesbankgesetz möglich. Jetzt wurde der Einwand erhoben, das führe zu einem digitalen *Bank Run*. Da möchte ich gerne nochmal nachfassen.

Erstens ist es so, dass Banken nicht Kredite vergeben, indem ich jetzt meine Ersparnisse zur Bank bringe und dann erst einen Kredit bekomme. Sondern das Meiste ist mit Schuldverschreibungen refinanziert und eben nicht mit Einlagen. Von daher ist es dann notwendigerweise so, dass dann auch die Zentralbank das Kreditgeschäft übernehmen müsste. Der größte Teil sind eben Schuldverschreibungen und nicht Einlagen, mit denen sich die Banken im Euroraum refinanzieren.

Zweitens, wäre es nicht schlichtweg so, dass die Banken einfach einen besseren Zins anbieten müssten? Ist das nicht ein Stück weit auch Marktdisziplin, die bei anderen Gelegenheiten von der Bundesbank gerne beschworen wird am Finanzmarkt?

Drittens, wenn Sie dafür noch Zeit haben: Die Mitglieder der *Libra Association* sind alle Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Wie bewerten Sie das unter dem Gesichtspunkt der Einlagensicherung. Sind Sie im Austausch mit den schweizer Behörden, die anbieten, die *Libra Association* zu registrieren? Denn es ist zu erwarten, dass Facebook irgendwann auch zur Kreditschöpfung übergeht, so wie das die Chinesen auch bereits machen.

SV Benoît Cœuré: (Übersetzung aus dem Englischen) Das sind wichtige Fragen. Der erste Bereich von Fragen bezieht sich auf die Rolle der Zentralbank in einer Welt mit digitaler Währung. Wie schon gesagt, wir sollten dabei vorsichtig vorgehen und eine Reihe von Fragen identifizieren, die teilweise auch eine öffentliche

Diskussion erfordern könnten, sicherlich eine politische Diskussion, denn das wirft grundlegende Fragen nach der Rolle der Zentralbank auf, die durch den EU-Vertrag geregelt sind. Im EU-Vertrag steht, dass Geldpolitik zu unseren Aufgaben gehört. Wir haben ein einziges Ziel, oder primäres Ziel, nämlich Preisstabilität herzustellen, und dabei bewegen wir uns in einem Marktumfeld. Meiner Ansicht nach wäre es nicht mit dem Vertrag zu vereinbaren, wenn die EZB in eine einzelne öffentliche Bank umgewandelt würde, die Kredite an jede Person in der Gesellschaft vergeben würde. Ich gehe in der Argumentation ein wenig weit, aber nur, um ihre Grenzen aufzuzeigen. Ich denke nicht, dass das unser Auftrag gemäß dem EU-Vertrag ist, oder aber der Vertrag müsste entsprechend geändert werden. Wir müssen also die richtige Balance finden zwischen den Aufgaben der Zentralbank und dem, was von privaten Unternehmen zu leisten ist, einschließlich eines Großteils des Zahlungssystems, das von privaten Unternehmen betrieben wird, und zwar effektiver.

Daran arbeiten wir, aber wir wollen das Zahlungssystem nicht übernehmen. Was wir tun können ist, eine Reihe von Szenarien aufzuzeigen, die Risiken aufzuzeigen und dann mit politischen Entscheidungsträgern zusammenzuarbeiten. Was die *Libra Association* angeht: Das ist natürlich etwas, das wir im G7-Bericht behandeln werden. Es gibt einen neuen Bereich von Fragen im Hinblick auf den Rechtscharakter, und wie bereits erwähnt wurde, muss klar definiert sein, wie die Beziehung zwischen der *Association* und den Coin-Inhabern ausgestaltet ist. Und über welche Art von Verbindlichkeit, welche Art von Deckung, die Coin-Inhaber verfügen, was auch den Verbraucherschutz und die Finanzstabilität berührt. Inhaber von *Libra-Coins* sollten genau wissen, welchen Anspruch sie haben, also Anspruch auf was und an wen. Und dafür brauchen wir sehr genaue Antworten. Im Moment ist für dieses bestimmte Projekt nicht geplant, dass Kredite vergeben oder Einlagen angenommen werden sollen, aber wir müssen über diese Dinge nachdenken, denn für jedes derartige Projekt braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Wir müssen nicht nur berücksichtigen, was heute von diesen Unternehmen öffentlich geplant wird, sondern auch, was daraus potenziell resultieren



könnte. Wenn man sich die Geschichte des Zahlungswesens ab dem 16. Jahrhundert anschaut und insbesondere die Entwicklung der Bank von Amsterdam betrachtet, die Anfang des 16. Jahrhunderts gegründet wurde, oder eigentlich Anfang des 17. Jahrhunderts, dann fing sie als Zahlungsgenossenschaft an. Und das funktionierte fast ein Jahrhundert lang, oder sogar länger als ein Jahrhundert lang, sehr gut und die Schwierigkeiten begannen mit der Kreditvergabe. Damit fingen die Probleme an, denn da wurden sie zu einer Bank und ab dem Zeitpunkt hätten sie als Bank reguliert werden müssen, was damals noch nicht geschah. Wenn also ein solches Projekt mit der Annahme von Einlagen oder der Vergabe von Krediten beginnen würde, dann sollte es als Bank betrachtet werden, und im europäischen Rahmen sollte es der CRD IV [Eigenkapitalrichtlinie] unterliegen, davon bin ich überzeugt.

Abg. Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank! Ich würde gerne bei dem Aspekt des digitalen Geldes und der Notenbank bleiben und Frau Gehra fragen: Wir hatten neulich eine Art Fachgespräch als Grüne-Bundestagsfraktion, bei dem auch Vertreter der Bundesbank und der schwedischen Reichsbank anwesend waren. Die Schweden sind ein bisschen weiter. Das hat auch damit zu tun, dass dort Bargeld im Alltag verschwunden ist. Mit einigen hier aus der Runde waren wir letzte Woche in China und standen vor einem Kaffee-Automaten und konnten keinen Kaffee ziehen, weil wir kein *Alipay* hatten. Das heißt, da wo es akzeptiert wird, ist man natürlich weiter. Deswegen verstehe ich, dass die Bundesbank etwas langsamer und skeptischer ist bei der ganzen Frage. Aber wenn man das jetzt ernst meinen würde, und das würde keine Entscheidung der Bundesbank, sondern der Europäischen Zentralbank sein, sowas wie einen digitalen Euro anzubieten.

Wie würde man da vorgehen? Öffnet man die Büchse der Pandora? Gibt es auch ein gestuftes Vorgehen, damit man die Probleme der Retail-Kunden und der digitalen *Bank Runs*, die der Kollege auch angesprochen hat, irgendwie umgehen kann? Sehen Sie da Möglichkeiten? Wie könnten auch die „Zentralbanker“, die mit dezentralem Geld erstmal nicht viel anfangen können - liegt in der Natur der Sache - überzeugt

werden, diesen Weg mitzugehen, obwohl sie auf diesem Weg schon ein Stück weit die Souveränität der Kontrolle abgeben würden. Wie schätzen Sie das ein?

Sve Katharina Gehra: Vielen Dank für die Fragen. Zum ersten Punkt mit dem digitalen Geld, glaube ich, ist erstmal festzuhalten, dass schon heute so viele unterschiedliche Formen des Geldes bestehen, dass die Abgrenzung Bargeld zu anderem Geld, wahrscheinlich leichter ist, als Bargeld zu digitalem Geld. Wenn wir uns anschauen, wie heute das Zahlungssystem funktioniert, gibt es eben diese Abgrenzung zwischen dem Endkunden, dem Geschäftskunden und der Zentralbank. Nur weil es Blockchain-Technologie ist, bedeutet das nicht, dass es eine Blockchain ist. Es gibt heute schon, auch unter den OECD, ein großes Projekt, wo die Zentralbanken untereinander an einer Blockchain arbeiten, die untereinander dann gewisse Transaktionen abdeckt. Genauso könnte es unterschiedliche Zyklen geben, indem es ein Geschäftsbank- zu Zentralbank-Blockchain Setup und dann nochmal eins für Endkunden geben würde. Ich glaube, dass sich das alles technisch relativ leicht regeln ließe, wenn man sich im Klaren ist, was man will. Ich glaube aber auch, dass man nochmal verstehen muss, zu welchem Zweck man dies tun würde. Denn am Ende muss es irgendeinen Nutzen haben, der darin bestehen könnte, dass es billiger, schneller oder sicherer ist oder irgendeine neue Funktionalität zur Verfügung steht, die vorher nicht implementiert war.

Ich würde mir zudem nochmal ganz kurz einen kleinen Exkurs erlauben, nämlich zu sagen, dass wir nicht vergessen dürfen, dass wir hier diese Diskussion führen, während wir einen stabilen Euro haben. Auch dank der Arbeit der EZB. Aber das Geschäftsmodell Staatswährung -, wir haben ungefähr zwischen 150 und 170, je nachdem wie man das definiert, funktioniert sehr viel öfter nicht, als dass es funktioniert. Es gibt weltweit nur eine Handvoll oder vielleicht, wenn man es großzügig sieht, ein Dutzend wirklich stabile Staatswährungen. In ganz vielen Ländern ist heute sozusagen entweder der Schwarzmarkt über Dollar oder über Euro oder sonst was bestimmt. Das heißt, wenn ich ein abgestuftes System mache, schaffe ich es vielleicht auch, so ähnlich,



wie es die Libra auch will, auch unser Geschäftsmodell, das offensichtlich funktioniert, einer größeren, weltweiten Kundschaft zuzugeben. Ich glaube, dass wir hier darüber nachdenken müssen, was mit den Kunden von der OLB passiert, denen Geld über einen Cyberhack vom Konto geklaut wurde. Ist es ihnen gegenüber fair zu sagen, wir wollen uns einem Euro auf der Blockchain versperren? Denn dort hätte man es ihnen nicht geklaut. Ist es den Leuten, die über Cum-Ex-Skandale Geld hinterzogen haben gegenüber fairer, dass sie das konnten, weil wir keine Blockchain haben, wo das nachvollziehbar gewesen wäre? Ich glaube ja, digitales Geld ist nicht ganz einfach, technisch lässt es sich aber lösen und es bietet so viele Vorteile für den Staat, den braven Wirtschaftsteilnehmer und die internationale Zusammenarbeit, dass ich glaube, die technische Zusammenarbeit für digitales Geld lässt sich leicht lösen. Und wenn Sie so wie ich nicht wollen, dass Sie über *Alipay* Ihren Kaffee bezahlen, dann lassen Sie es uns lieber probieren, dass wir hier eine gute technische Lösung finden, und vielleicht das Geschäftsmodell Euro, das funktioniert, in die Welt zu exportieren.

Abg. **Uwe Kamann** (fraktionslos): Vielen Dank. Ob ein Vorteil tatsächlich einen Vorteil darstellt, ist oftmals auch vom Standort des Betrachters abhängig. Ich kann mir vorstellen, dass die Regierungen aus den Schwellenländern, die Sie gerade genannt haben, wissen, es entsteht eine Parallelwährung, und damit kriege ich Einfluss auf meine Staatspolitik, dass sie nicht so ganz glücklich wären. Aus unserer Sicht natürlich ja. Deswegen ist es unterschiedlich. Aber ich möchte ganz kurz nochmal auf den wirtschaftlichen Aspekt eingehen. Wir hatten den aus Staatssicht jetzt genommen. Libra ist im Prinzip nur exemplarisch, weil es gerade auf dem Tisch liegt. Aber es gibt auch noch andere Möglichkeiten, andere Plattformbetreiber – die Big Five. Ich kann mir sehr gut vorstellen, ein großer Konzern, der eine Handelsplattform anbietet und wahnsinnige Marktmacht über diese Handelsplattform hat, würde sich dann auch einem solchen Projekt widmen und entsprechende Vorgaben machen, dass alle Transaktionen über die Plattform in einer entsprechenden Kryptowährung durchgeführt werden müssten. Hierdurch würde man noch viel stärkeren Einfluss gewinnen. Und

ich muss wieder Frau Prof. Hönig fragen, weil ich glaube, dass das auch in Ihrem Forschungsprojekt thematisiert wird.

Welche Auswirkungen würden Sie in einem solchen Fall sehen, nicht im Staats-, sondern im Wirtschaftsbereich? Würde das noch weiter die Macht solcher Unternehmen stärken, ihnen die Möglichkeit geben, noch stärkeren Einfluss auf die Mitmarktteilnehmer zu nehmen und hätten sie damit nicht die Möglichkeit auch über diesen Einfluss mit dieser Kryptowährung vorzuschreiben, dass alles über diese Kryptowährung laufen müsste und zusätzlich steuernd einzugreifen und damit natürlich noch viel mehr Geld anzuhäufen, als sie es tatsächlich heute schon machen.

Sve Prof. Dr. Michaela Hönig: Vielen Dank für die Frage. Das sehe ich schon als gegeben an. Es wird ein Wallet generiert, das Calibra heißt, und die Menschen werden das nutzen, wenn die Möglichkeit technisch besteht. Ich kann Zahlungen ganz einfach, wie heute auch, wie eine WhatsApp versenden. Der Vorteil von Libra ist, es ist schnell, es ist kostengünstig oder es wird fast nichts kosten und es ist sofort verfügbar. Es wird ganz schnell gehen. Insbesondere für viele junge Menschen. Ich habe natürlich auch viel mit Studenten zu tun, die denken nicht so kompliziert wie wir hier im Datenschutz und in betriebswirtschaftlichen Risiken. Die werden das nutzen.

Ich kann mir vorstellen, das ist ein bisschen wie im Fernsehgeschäft. Früher hatten wir nur das staatliche Fernsehen und noch die dritten Programme. Irgendwann in den 90er Jahren kam dann RTL als erstes privates Fernsehen dazu. Wenn ich heute das Fernsehen anschalte, habe ich über 800 Programme. Da läuft Werbung mit und für bestimmte Kanäle muss ich bezahlen.

So wird es hier vielleicht auch sein. Es werden private Währungen kommen. Ich halte nichts davon. Ich sage, das Monopol der Geldpolitik und der Geldschöpfung muss bei den Zentralbanken liegen, aber es wird - wenn nicht Libra - etwas anderes kommen. Die Menschen werden das nutzen und werden auch bereit sein, Werbeblöcke oder ähnliches, denn irgendwie muss es sich finanzieren, in Kauf zu nehmen. Dahinter stecken natürlich diese großen Unternehmen und das *Big*



Business im Internet sind Daten und Werbung. Wer denkt, im Internet gibt es irgendwas umsonst, der irrt. Von daher werden diese Konzerne - die haben auch unwahrscheinlich viel Geld da hinein gepumpt - noch größer und es gibt ein *Business* dahinter. Es sind keine Non-Profit-Organisationen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Nun schaffen wir zeitlich keine Fragerunde mehr, so dass wir zum Ende kommen müssen. Ich darf noch darauf hinweisen, Herr Cœuré hat den G7-Bericht für Mitte Oktober angekündigt. Dann bekommen wir weitere Hinweise. Ich darf Ihnen auch zur Kenntnis geben, dass die Stellungnahmen der Sachverständigen auf der Homepage des Ausschusses Digitale Agenda zu finden sind. Wer sich mit den Ausführungen beschäftigen möchte, kann das gerne auf der Website tun. Ich darf auch noch den Hinweis geben, dass wir uns im Ausschuss am 23. Oktober mit der *Libra Association* auseinandersetzen werden, die wir eingeladen haben. Vertreter der *Libra Association*

werden kommen und wir werden dann dort in die Diskussion einsteigen.

Ich darf mich für heute ganz herzlich bei den Sachverständigen bedanken. Es ist schon angeklungen, wir haben sehr wertvolle Hinweise von Ihnen erhalten. Vielen Dank, dass Sie da waren und mit uns diskutiert haben. Ich darf mich auch bedanken bei den Gästen, den Zuhörerinnen und Zuhörern, dass Sie sich für dieses Thema interessiert haben. Ich darf mich auch ganz herzlich bei den Technikerinnen und Technikern bedanken, die die Übertragung gewährleistet haben. Ich darf noch den Hinweis an die Ausschussmitglieder geben, dass wir uns am 16. Oktober von 15:00 bis 17:00 Uhr zur nächsten Ausschusssitzung wiedertreffen werden. Ihnen allen wünsche ich noch einen angenehmen Tag und einen schönen Abend. Dankeschön.

Schluss der Sitzung: 17:56 Uhr


Hansjörg Durz, MdB
Stellvertretender Vorsitzender